

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Dr. André Hahn, Gökyak Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke
– Drucksache 20/13752 –**

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik bis Oktober 2024

Vorbemerkung der Fragesteller

Die von der Linken regelmäßig erfragten ergänzenden Informationen zur Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beleuchten ausgewählte Aspekte, die sonst kaum Beachtung finden. So ist wenig bekannt, dass die Anerkennungsquote bei inhaltlichen Asylentscheidungen weitaus höher liegt, als die offiziellen Zahlen vermuten lassen. Die sogenannte bereinigte Schutzquote, bei der formelle Entscheidungen des BAMF, die keine inhaltliche Bewertung des Schutzgesuchs enthalten, unberücksichtigt bleiben, lag im Jahr 2022 auf einem Rekordhoch bei 72,3 Prozent, gegenüber der vom BAMF und der Bundesregierung verwandten (unbereinigten) Schutzquote in Höhe von 56,2 Prozent. Im Jahre 2023 lag die bereinigte Schutzquote bei immer noch hohen 68,6 Prozent (vgl. hierzu und zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben, die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/12228).

Zu den Anerkennungen durch das BAMF kommen Anerkennungen durch die Gerichte nach einer zunächst negativen Entscheidung im Asylverfahren noch hinzu. Mehr als die Hälfte der Klagen gegen das BAMF enden mit einer „sonstigen Verfahrenserledigung“, z. B. wenn Verfahren von mehreren Familienangehörigen zusammengelegt werden, wenn eine Klage nicht weiterverfolgt oder wenn ein Schutzstatus im Einvernehmen mit dem BAMF erteilt wird. „Sonstige Verfahrenserledigungen“ erfolgen nicht etwa überwiegend in Fällen mit schlechten Erfolgsaussichten, wie die wichtigsten betroffenen Herkunftsländer zeigen: Syrien, Afghanistan und der Irak. Auch wenn ein Gericht in Dublin-Fällen entscheidet, dass das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden muss, gilt dies als „sonstige Erledigung“ (vgl. Antwort zu Frage 26 auf Bundestagsdrucksache 19/4961), obwohl den klagenden Asylsuchenden in diesen Fällen recht gegeben wurde. Die Bundesregierung räumte auf Nachfrage ein (vgl. Antwort zu Frage 18 auf Bundestagsdrucksache 19/22023), dass „sonstige Verfahrenserledigungen“ der Gerichte keine Aussage zur Schutzbedürftigkeit der Betroffenen beinhalten und nicht als Bestätigung der Entscheidungen des BAMF gewertet werden können.

Werden diese formellen Erledigungen also außer Betracht gelassen und nur inhaltliche Entscheidungen der Gerichte betrachtet, ergibt sich nach Berechnung der Fragestellenden eine bereinigte Erfolgsquote von Asylsuchenden im

Klageverfahren im Jahr 2023 in Höhe von 22,4 Prozent (2022: 36,5 Prozent). Die vom BAMF angegebenen Aufhebungsquoten sind nur etwa halb so hoch, weil dabei sonstige Erledigungen wie eine Bestätigung der Bescheide gewertet werden. Bei afghanischen Geflüchteten lag die bereinigte Erfolgsquote im Klageverfahren 2023 sogar bei 74,2 Prozent, hohe Aufhebungsquoten gab es auch in Bezug auf Schutzsuchende aus dem Iran (54 Prozent), Venezuela (51,6 Prozent) und Pakistan (40,2 Prozent). Hinzu kommen Korrekturen durch das BAMF, die oft auf Anregung der Gerichte erfolgen oder auf geänderten Lageeinschätzungen beruhen. In absoluten Zahlen heißt das: 20 838 vom BAMF zunächst abgelehnte Asylsuchende erhielten im Jahr 2023 doch noch einen Schutzstatus, 9 131 durch Entscheidungen der Gerichte, 4 475 durch Abhilfeentscheidungen des BAMF, 6 278 im Rahmen von Folgeanträgen und 954 aus „sonstigen Gründen“. All das zeigt nach Auffassung der Fragestellenden, dass die große Mehrheit der nach Deutschland kommenden Geflüchteten nach den geltenden rechtlichen Kriterien als schutzbedürftig angesehen werden muss.

Mitunter wird schutzbedürftigen Geflüchteten der notwendige Schutz versagt, denn nicht gegen alle fehlerhaften Ablehnungen des BAMF werden Rechtsmittel erhoben, auch wegen sehr kurzer Fristen. Insgesamt ist der Rechtsschutz in Asylverfahren erheblich eingeschränkt, so gibt es keine Berufungsmöglichkeit gegen erstinstanzliche Urteile aufgrund ernstlicher Zweifel an deren Richtigkeit (vgl. § 78 des Asylgesetzes (AsylG)). Umso schwerwiegender sind Vorwürfe gegen Richter am Verwaltungsgericht (VG) Gera, wonach sie Asylklagen aufgrund ihrer persönlichen (rechten) Einstellung abgelehnt haben könnten (vgl. z. B. ezra.de/forderungspapier-zur-justiz-in-thu%CC%88ringen/; www.sueddeutsche.de/politik/justiz-asyl-afd-richter-1.5926901?s=09). Dieser Verdacht wurde gestützt von Zahlen zur Entscheidungsstatistik des VG Gera infolge von Kleinen Anfragen der Linken (vgl. z. B. die Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen auf den Bundestagsdrucksachen 20/4019 und 20/8222). Die Erfolgsquoten bei Asylklagen zu bestimmten Herkunftsländern waren am VG Gera auffallend niedriger als im bundesweiten Vergleich, auch im Jahr 2023 gab es (bei geringen Fallzahlen) keine einzige positive Asylentscheidung des VG Gera. Gegen einen der betroffenen Richter wird inzwischen ein Disziplinarverfahren geführt, für die Dauer dieses Verfahrens darf er keine Urteile mehr fällen (www.spiegel.de/politik/deutschland/gera-richter-faellt-nach-vorwurfen-aktuell-keine-urteile-a-0a14dc18-6bd9-4eb4-b126-297f6a2172bd).

Bei vielen Asylsuchenden in Deutschland handelt es sich um Kinder und Jugendliche: Im Jahr 2023 lag der Anteil der unter 18-jährigen Asylsuchenden bei 31,5 Prozent (2022: 37,3 Prozent, 2021: 49,4 Prozent), 4,6 Prozent der Asylsuchenden waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. 22 603 Asylanträge (6,9 Prozent aller Anträge) wurden für in Deutschland geborene Kinder von Asylsuchenden, anerkannten Flüchtlingen und Personen mit einer humanitären Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) gestellt.

Etwa die Hälfte aller Asylsuchenden in Deutschland verfügt über keine (anerkannten) schriftlichen Identitätsnachweise (2023: 47,8 Prozent). Das sagt jedoch nichts über ihre Schutzbedürftigkeit aus, denn die bereinigte Schutzquote bei Asylsuchenden ohne Papiere ist fast genauso hoch (67,7 Prozent) wie im allgemeinen Durchschnitt (68,6 Prozent).

Die politisch mitunter geforderte Abschaffung des subsidiären Schutzstatus (vgl. z. B. www.zeit.de/politik/deutschland/2024-06/landkreistag-abschiebung-abschaffung-subsidiaerem-schutz-migranten) ist nach Auffassung der Fragestellenden rechtlich nicht bzw. kaum möglich, weil dieser Status im EU-Primärrecht verankert ist (vgl. Artikel 78 des Allgemeinen Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)). Ohnehin gingen nur 0,6 Prozent der im Jahr 2023 vom BAMF erteilten subsidiären Schutzstatus letztlich auf EU-Recht zurück, weil sie wegen drohender willkürlicher Gewalt infolge von kriegerischen Auseinandersetzungen erteilt wurden. Subsidiärer Schutz wird vom BAMF in aller Regel (2023 zu 91,2 Prozent) wegen der Gefahr un-

menschlicher bzw. erniedrigender Behandlung erteilt, d. h. (auch) infolge von Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), an die Deutschland unabhängig von EU-Recht gebunden ist.

Schutzquoten im Flughafenverfahren sind z. T. deutlich niedriger als im allgemeinen Durchschnitt – mit Blick auf die künftig infolge der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zwingend durchzuführenden Grenzverfahren ist das nach Auffassung der Fragestellenden ein bedenklicher Befund: Die Schutzquoten der BAMF-Außenstelle am Frankfurter Flughafen etwa lagen im Jahr 2023 im bundesweiten Vergleich bei vier von sieben erfassten Herkunftsländern jeweils an letzter bzw. zweitletzter Stelle. Die Fragestellenden befürchten, dass bei Schnellverfahren an der Grenze aufgrund verkürzter Fristen und unzureichender Beratungsmöglichkeiten eine drohende Gefahr eher übersehen oder aufgrund politischer Erwartungen strenger entschieden werden könnte.

Um eine zeitnahe Beantwortung zu ermöglichen, haben die Fragestellenden vorliegend mehrere aufwendig zu beantwortende Fragen dieser regelmäßig gestellten Kleinen Anfrage herausgenommen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Entgegen der Vermutung der Fragestellenden, die diese in der Frasteinrede vom 5. Dezember 2024 formulierten, wonach die erfragten Informationen und Sachverhalte bereits vorlägen und für eine Beantwortung verwendet werden könnten, wird darauf hingewiesen, dass dies gerade nicht der Fall ist. Vielmehr werden die statistischen Angaben – im Wesentlichen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) – jeweils für die jeweilige parlamentarische Anfrage individuell ermittelt und überwiegend aufwändig (z. T. händisch) aufbereitet. Auch die juristischen und sonstigen Fragestellungen sind ggf. gründlich zu recherchieren, zu formulieren und innerhalb der Bundesregierung abzustimmen.

Auch der Hinweis aus der oben stehenden Vorbemerkung, dass die Fragestellenden vorliegend einige aufwendig zu beantwortende Fragen dieser Kleinen Anfrage herausgenommen hätten, kann aus Sicht der Bundesregierung nicht überzeugen, da im Gegenzug auch neue, z. T. ebenfalls aufwendig zu bearbeitende Fragen hinzugekommen sind.

Da sich die Vorgänger der vorliegenden regelmäßig gestellten parlamentarischen Anfrage in der Regel am oberen Rand des zur Beantwortung erforderlichen Aufwandes üblicher parlamentarischer Anfragen bewegten, wurde von den Fragestellenden in der Vergangenheit im Regelfall eine Fristverlängerung von vier Wochen gewährt.

Aufgrund der besonderen aktuellen politischen Umstände hat die Bundesregierung im vorliegenden Fall jedoch lediglich um eine Fristverlängerung von drei Wochen gebeten, um den Fragestellenden damit einerseits entgegenzukommen und andererseits – unter Ausschöpfung der technischen und personellen Ressourcen im Rahmen des Zumutbaren – den umfangreichen Fragekatalog noch mit der hierfür notwendigen Sorgfalt beantworten zu können. Stattdessen haben die Fragestellenden (erst) am 5. Dezember 2024 (im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) eingehend am 6. Dezember 2024) nur eine Fristverlängerung um ca. zwei Wochen, also bis zum 11. Dezember 2024 zugestanden.

Da die Frasteinrede zudem erst vier Arbeitstage vor Ablauf der in der Frasteinrede vorgegebenen Frist im BMI einging, war eine ordnungsgemäße Beantwortung auch nur eines substanziellen Teils der Fragen auch deshalb nicht mehr möglich.

In der Abwägung, die von den Fragestellenden so kurzfristig vorgegebene Frist auf jeden Fall zur Beantwortung einzuhalten und damit den Großteil der Fragen nicht zu beantworten oder im ungünstigen Fall einen Zeitverzug von ggf. nur wenigen Tagen hinzunehmen, und dafür alle Fragen sachgerecht beantworten zu können, hat sich die Bundesregierung – auch im vermuteten Interesse der Fragestellenden – für die letztere Variante entschieden.

1. a) Wie hoch war die Gesamtschutzquote (Anerkennungen nach Artikel 16a des Grundgesetzes (GG), nach § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) in Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), subsidiärer Schutz und Abschiebungshindernisse) in der Entscheidungspraxis des BAMF im bisherigen Jahr 2024 (bitte jeweils in absoluten und relativen Zahlen angeben und für die 15 wichtigsten Herkunftsländer gesondert darstellen, bitte für jedes dieser Länder in relativen Zahlen angeben, wie viele Asylsuchende Schutz nach Artikel 16a GG, nach § 60 Absatz 1 AufenthG in Anwendung der GFK, einen subsidiären Schutzstatus bzw. nationalen Abschiebungsschutz zugesprochen bekommen haben, bitte in einer weiteren Tabelle nach Art der Anerkennung differenzieren: Asylberechtigung (darunter Familienasyl), internationaler Flüchtlingsschutz (darunter Familienschutz), subsidiärer Schutz (darunter Familienschutz), nationale Abschiebungsverbote – bitte jeweils so differenziert wie möglich darstellen und in jedem Fall Angaben zu den Herkunftsländern Algerien, Marokko, Tunesien, Ukraine, Belarus, Russische Föderation sowie zu allen sicheren Herkunftsstaaten machen)?
- b) Wie hoch war im genannten Zeitraum die „bereinigte Gesamtschutzquote“, d. h. die Quote der Anerkennungen bezogen auf tatsächlich inhaltliche und nicht formelle Entscheidungen (bitte wie in der Antwort zu Frage 1a differenzieren), und welche näheren Angaben lassen sich zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen in den genannten Zeiträumen machen?

Die Fragen 1a und 1b werden gemeinsam beantwortet.

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass durch Heranziehen der erfragten sogenannten bereinigten Gesamtschutzquote (Quote zu Frage 1b) etwaige Bleibeperspektiven von Staatsangehörigen der unten genannten Staaten nicht hergeleitet oder begründet werden können, da die formellen Ablehnungen von Asylansträgen bei einer derartigen Quotenberechnung nicht berücksichtigt werden. Formelle Ablehnungen führen ebenso wie materiell entschiedene Asylablehnungen im Regelfall zu einer Ausreisepflicht. Maßgeblich für die Feststellung einer etwaigen Bleibeperspektive ist daher die umfassende Gesamtschutzquote, die alle ablehnenden Asylentscheidungen berücksichtigt:

Jan. bis Okt. 2024	Asylberechtigung Artikel 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Gesamtschutz		Quote zu Frage 1b	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Herkunftsländer gesamt	1.595	0,6 %	30.437	12,0 %	66.533	26,2 %	17.466	6,9 %	116.031	45,7 %		61,3 %
darunter:												
Syrien	91	0,1 %	6.196	7,5 %	62.737	76,0 %	282	0,3 %	69.306	83,9 %		100,0 %
Afghanistan	435	1,2 %	11.948	32,9 %	648	1,8 %	14.331	39,4 %	27.362	75,3 %		94,6 %
Türkei	188	0,5 %	3.009	8,3 %	194	0,5 %	47	0,1 %	3.438	9,5 %		12,9 %
Irak	12	0,1 %	1.373	14,2 %	349	3,6 %	427	4,4 %	2.161	22,3 %		31,4 %
Somalia	148	3,6 %	1.299	31,3 %	241	5,8 %	841	20,2 %	2.529	60,9 %		89,7 %
Iran	143	2,2 %	1.561	24,1 %	106	1,6 %	38	0,6 %	1.848	28,5 %		37,5 %
Ungeklärt	28	0,8 %	1.313	38,4 %	366	10,7 %	65	1,9 %	1.772	51,8 %		81,9 %
Russische Föderation	61	1,0 %	200	3,1 %	48	0,8 %	22	0,3 %	331	5,2 %		10,4 %
Kolumbien	-	-	1	0,0 %	4	0,1 %	6	0,2 %	11	0,4 %		0,4 %
Eritrea	47	1,5 %	1.815	58,7 %	425	13,7 %	74	2,4 %	2.361	76,4 %		84,9 %
Guinea	66	3,0 %	246	11,1 %	58	2,6 %	84	3,8 %	454	20,5 %		35,7 %
Venezuela	26	0,9 %	37	1,2 %	60	2,0 %	484	16,1 %	607	20,2 %		21,3 %
Georgien	-	-	1	0,0 %	3	0,1 %	15	0,3 %	19	0,4 %		0,4 %
Nigeria	11	0,4 %	96	3,5 %	15	0,6 %	157	5,8 %	279	10,3 %		19,8 %
Algerien	3	0,1 %	17	0,6 %	17	0,6 %	6	0,2 %	43	1,5 %		3,2 %
Tunesien	6	0,2 %	36	1,1 %	3	0,1 %	7	0,2 %	52	1,6 %		2,6 %
Marokko	1	0,0 %	49	2,1 %	24	1,0 %	6	0,3 %	80	3,5 %		6,9 %
Ukraine	1	0,1 %	3	0,2 %	40	3,2 %	48	3,8 %	92	7,3 %		14,0 %
Belarus	5	1,7 %	7	2,4 %	2	0,7 %	-	-	14	4,8 %		11,1 %
Kosovo	-	-	2	0,1 %	2	0,1 %	9	0,5 %	13	0,7 %		0,9 %
Nordmazedo- nien	-	-	-	-	1	0,0 %	7	0,2 %	8	0,2 %		0,4 %
Serbien	3	0,1 %	1	0,0 %	-	-	3	0,1 %	7	0,3 %		0,5 %
Albanien	-	-	2	0,1 %	6	0,4 %	4	0,2 %	12	0,7 %		1,1 %
Moldau, Republik	1	0,0 %	-	-	-	-	3	0,1 %	4	0,2 %		0,5 %
Bosnien und Herzegowina	-	-	1	0,1 %	1	0,1 %	-	-	2	0,2 %		0,4 %
Ghana	1	0,3 %	3	0,8 %	1	0,3 %	13	3,5 %	18	4,8 %		7,2 %
Senegal	1	0,5 %	-	-	-	-	5	2,4 %	6	2,9 %		5,8 %
Montenegro	-	-	-	-	-	-	2	0,8 %	2	0,8 %		1,5 %

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Jan. bis Okt. 2024			Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	Anteil
Asylberechtigung	1.595	0,6 %	0,8 %
darunter Familienschutz	443	0,2 %	0,2 %
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	30.437	12,0 %	16,1 %
darunter Familienschutz	16.997	6,7 %	9,0 %
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nummer 1 AsylG	25	0,0 %	0,0 %
§ 4 I Nummer 2 AsylG	59.155	23,3 %	31,2 %
§ 4 I Nummer 3 AsylG	927	0,4 %	0,5 %
§ 4 I AsylG Familienschutz	6.426	2,5 %	3,4 %
Summe subsidiärer Schutz	66.533	26,2 %	35,1 %
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	17.227	6,8 %	9,1 %
§ 60 VII AufenthG	239	0,1 %	0,1 %
Summe Abschiebungsverbot	17.466	6,9 %	9,2 %
Gesamtsschutz	116.031	45,7 %	61,3 %

Nähere Angaben zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen für den genannten Zeitraum können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Jan. bis Okt. 2024 Entscheidungskategorie	
Abschiebung vor Entscheidung	-
Antrag nicht weiter bearbeitet	5
Einstellung wg. § 33 I u II, § 32a II AsylG	9.939
nicht erforderlich, Dublin	164
sonstige Einstellung	5.714
Unzulässig (§ 29 I Nummer 1 AsylG)	28.011
Unzulässig (§ 29 I Nummer 2 AsylG)	7.081
Unzulässig (§ 29 I Nummer 3 AsylG)	29
Unzulässig (§ 29 I Nummer 4 AsylG)	10
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 I Nummer 5 AsylG)	1.756
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 I Nummer 5 AsylG)	11.853

- c) Inwiefern lässt sich ergänzend feststellen, in wie vielen Fällen durch Korrekturen bzw. Änderungen von BAMF-Bescheiden in jeweils einem Jahr Personen, die zuvor im Asylverfahren rechts- oder bestandskräftig abgelehnt worden waren, doch noch einen Schutzstatus erteilt bekommen haben (bitte gegebenenfalls jeweils für die Jahre ab 2020 angeben und nach Schutzstatus und den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren) – und falls dies technisch nicht möglich sein sollte, warum nicht (bitte erläutern)?

Eine bestandskräftige ablehnende Entscheidung kann mittels eines Antrags auf Wiederaufgreifen des Verfahrens zur Überprüfung gestellt werden. Zudem besteht die Möglichkeit eines Folgeantrages bzw. eines isolierten Folgeschutzgesuchs. Die positiven Entscheidungen derartiger Verfahren nach Jahren sind den folgenden Tabellen zu entnehmen, wobei das Jahr der ursprünglichen ablehnenden Entscheidung nicht mit dem Jahr der positiven Entscheidung über Asylfolgeanträge oder Wiederaufgreifensverfahren übereinstimmen muss:

Jahr 2020	Positive Entscheidungen über Asylfolgeanträge/Wiederaufgreifensverfahren				
	insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG	Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG
Staatsangehörigkeiten gesamt	2.874	41	1.019	319	1.495
davon					
Afghanistan	829	4	141	14	670
Syrien	462	5	207	145	105
Irak	268	2	120	35	111
Iran	211	7	163	5	36
Somalia	126	2	53	3	68
Russische Föderation	117	0	62	29	26
Eritrea	112	0	14	29	69
Nigeria	110	4	23	6	77
Türkei	103	11	71	7	14
Ungeklärt	68	0	28	12	28
Äthiopien	51	0	21	1	29
Pakistan	43	0	23	0	20
Guinea	31	0	14	0	17
Libyen	27	2	2	12	11
Tadschikistan	25	0	14	6	5

Jahr 2021	Positive Entscheidungen über Asylfolgeanträge/Wiederaufgreifensverfahren				
	insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG	Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG
Staatsangehörigkeiten gesamt	3.746	77	1.207	530	1.932
davon					
Afghanistan	1.087	4	162	33	888
Syrien	722	9	209	330	174
Irak	280	10	56	27	187
Iran	242	0	178	22	42
Somalia	168	3	102	3	60
Nigeria	152	4	36	1	111
Äthiopien	148	0	84	0	64
Türkei	121	15	92	4	10
Russische Föderation	107	5	74	9	19
Eritrea	85	0	23	21	41
Ungeklärt	83	0	37	16	30
Pakistan	68	1	33	3	31
Guinea	45	4	18	2	21
Libanon	34	0	2	3	29
Ägypten	33	2	24	0	7

Jahr 2022	Positive Entscheidungen über Asylfolgeanträge/Wiederaufgreifensverfahren				
	insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG	Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG
Staatsangehörigkeiten gesamt	14.683	60	2.402	826	11.395
davon					
Afghanistan	11.904	4	1.237	135	10.528
Syrien	904	1	248	458	197

Jahr 2022	Positive Entscheidungen über Asylfolgeanträge/Wiederaufgreifensverfahren				
	insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG	Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG
Iran	345	10	273	34	28
Irak	237	0	78	39	120
Türkei	220	28	172	14	6
Somalia	136	0	65	6	65
Russische Föderation	128	8	60	38	22
Ungeklärt	109	0	57	18	34
Nigeria	91	0	15	2	74
Äthiopien	80	1	21	2	56
Libanon	56	0	7	9	40
Pakistan	51	0	31	2	18
Eritrea	39	0	16	6	17
Guinea	31	1	14	5	11
Aserbaidschan	28	1	12	9	6

Jahr 2023	Positive Entscheidungen über Asylfolgeanträge/Wiederaufgreifensverfahren				
	insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG	Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG
Staatsangehörigkeiten gesamt	7.232	54	2.080	679	4.419
davon					
Afghanistan	4.500	1	1.097	50	3.352
Syrien	936	6	198	427	305
Iran	367	8	299	30	30
Irak	245	0	70	31	144
Somalia	228	0	61	10	157
Nigeria	138	1	5	2	130
Türkei	137	23	93	10	11
Russische Föderation	104	5	49	47	3
Ungeklärt	82	0	46	12	24
Pakistan	51	0	29	0	22
Aserbaidschan	40	0	26	6	8
Äthiopien	37	0	5	1	31
Eritrea	33	0	20	6	7
Guinea	27	0	9	0	18
Libanon	25	0	1	3	21

Jan. bis Okt. 2024	Positive Entscheidungen über Asylfolgeanträge/Wiederaufgreifensverfahren				
	insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG	Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG
Staatsangehörigkeiten gesamt	3.793	48	1.265	637	1.843
davon					
Afghanistan	1.542	4	543	16	979
Syrien	760	1	119	408	232
Iran	244	9	185	23	27
Irak	209	0	77	21	111
Somalia	175	2	30	2	141
Türkei	105	9	88	5	3
Nigeria	82	0	9	0	73

Jan. bis Okt. 2024	Positive Entscheidungen über Asylfolgeanträge/Wiederaufgreifensverfahren				
	insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG	Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG
Sudan	79	0	2	63	14
Russische Föderation	73	4	39	24	6
Ungeklärt	70	0	26	11	33
Pakistan	56	9	35	2	10
Ukraine	39	0	2	10	27
Aserbaidshan	30	1	10	16	3
Eritrea	28	0	9	5	14
Guinea	28	0	12	0	16

2. a) Wie viele der Anerkennungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG) in Anwendung der GFK im bisherigen Jahr 2024 beruhten auf staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung bzw. waren Familienflüchtlingsschutzstatus (bitte in absoluten und relativen Zahlen und noch einmal gesondert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern angeben)?

Angaben zu Entscheidungen aufgrund staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung werden nur für Entscheidungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG) erfasst und können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

01.01.– 31.10.2024	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 Absatz 1 AsylG					
		Familienflüchtlingsschutz nach § 26 Absatz 5 AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon geschlechtsspezif. Verfolgung		davon geschlechtsspezif. Verfolgung
Herkunftsländer gesamt	30.437	16.997	9.604	2.912	2.775	1.738
darunter:						
Syrien	6.196	5.576	481	113	56	33
Afghanistan	11.948	5.032	5.127	1.959	1.409	625
Türkei	3.009	900	1.952	242	83	76
Irak	1.373	1.167	51	35	131	96
Somalia	1.299	699	41	35	501	472
Iran	1.561	463	1.004	220	38	33
Ungeklärt	1.313	520	398	50	117	22
Russische Föderation	200	75	101	37	18	14
Kolumbien	1	0	0	0	1	0
Eritrea	1.815	1.801	5	0	0	0
Guinea	246	121	9	8	94	93
Venezuela	37	5	27	8	5	4
Georgien	1	1	0	0	0	0
Nigeria	96	48	21	19	26	24
Algerien	17	4	7	6	4	4

- b) Wie viele der Anerkennungen waren Schutzstatus nach § 26 AsylG für Familienangehörige bereits Anerkannter (bitte jeweils nach dem Bezugsstatus – Asylberechtigung, Flüchtlingsstatus nach der GFK bzw. subsidiärem Schutz – differenzieren), und wie viele dieser erteilten Status betrafen in Deutschland geborene Kinder (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

01.01.–31.10.2024	§ 26 AsylG Anerkennung		§ 3 I AsylG Familienschutz		§ 4 I AsylG Familienschutz	
		davon in DE ge- borene Kinder		davon in DE ge- borene Kinder		davon in DE ge- borene Kinder
Herkunftsländer gesamt	443	109	16.997	7.421	6.426	3.174
darunter:						
Syrien	52	13	5.576	3.330	4.967	2.514
Afghanistan	114	24	5.032	1.084	218	123
Türkei	80	14	900	231	135	12
Irak	4	-	1.167	788	246	124
Somalia	9	-	699	308	98	50
Iran	32	7	463	144	27	8
Ungeklärt	6	2	520	295	131	79
Russische Föderation	16	5	75	23	21	6
Kolumbien	-	-	-	-	-	-
Eritrea	45	21	1.801	812	301	135
Guinea	4	1	121	72	16	14
Venezuela	9	3	5	2	11	1
Georgien	-	-	1	-	-	-
Nigeria	-	-	48	36	8	5
Algerien	-	-	4	3	11	3

- c) Wie viele der Asylsuchenden im bisherigen Jahr 2024 verfügten zum Zeitpunkt der Asylantragstellung über einen rechtmäßigen Aufenthaltstitel (welchen?) oder eine Duldung (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren), und wie viele Personen verfügten zuletzt über einen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten (bitte zu beiden Unterfragen auch Ausführungen dazu machen, bei wie vielen der Betroffenen es um Erst-, Folge- bzw. Zweitanträge ging)?

Zum Stichtag 31. Oktober 2024 waren im Ausländerzentralregister (AZR) 16.821 Personen erfasst, die im Jahr 2024 einen Asylantrag gestellt haben, während sie einen gültigen Aufenthaltstitel oder eine gültige Duldung besaßen, davon 11.640 Personen mit einem Erstantrag und 5.181 Personen mit einem Folgeantrag. 3.727 Personen verfügten zum Zeitpunkt ihrer Asylantragstellung über einen gültigen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten, davon 3.685 Personen mit einem Erstantrag und 42 Personen mit einem Folgeantrag. Das AZR unterscheidet diesbezüglich nur zwischen Erst- und Folgeanträgen, zu Zweitanträgen können aus dem AZR daher keine Aussagen getroffen werden. Die weiteren Angaben können den nachstehenden Tabellen entnommen werden:

Asylantragstellung, während ein gültiger Titel oder eine Duldung vorlagen	Jan. bis Okt. 2024
Gesamt	16.821
darunter	
Syrien	7.264
Afghanistan	2.477
Türkei	1.075
Irak	727
Somalia	724
Eritrea	415
Ungeklärt	393
Iran	382
Guinea	289
Nordmazedonien	286

Asylantragstellung, während ein gültiger Titel oder ein gültiger Titel oder eine Duldung vorlagen	Jan. bis Okt. 2024
Gesamt	16.821
davon	
Aufenthaltserlaubnis (AE) – Erwerbstätigkeit	40
AE – familiäre Gründe	5.104
AE – völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe	1.863
AE – Besondere Aufenthaltsrechte	158
AE – Ausbildung	309
EU-Aufenthaltsrechte	2
Duldungen	9.345

- d) Wie viele der im bisherigen Jahr 2024 vom BAMF zugesprochen Schutzstatus basierten auf Anerkennungen im Rahmen des Familienschutzes (bitte nach Schutzstatus und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Der Anteil der Flüchtlingseigenschaft bzw. des subsidiären Schutzes an allen inhaltlichen Entscheidungen ohne Berücksichtigung der Entscheidungen zum Familienschutz kann nicht belastbar berechnet werden, da nicht alle Entscheidungen zum Familienschutz statistisch erfasst und demzufolge auch nicht aus der für die Berechnung erforderlichen Bezugsmenge (Anzahl aller materiellen Entscheidungen ohne Entscheidungen zum Familienschutz) herausgerechnet werden können. So wird bei Ablehnungen der Asylanerkennung statistisch nicht erfasst, wie viele davon ggf. im Zusammenhang mit Entscheidungen zum Familienschutz erfolgten (vgl. hierzu auch die Antwort der Bundesregierung zu Frage 1c der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/28109).

Angaben zu Entscheidungen mit bzw. ohne Einbeziehung von Entscheidungen zum Familienschutz (ohne relative Zahlen) können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

01.01.–31.10.2024	Asylberechtigung Artikel 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	
	ohne Fami- lienschutz	mit Fami- lienschutz	ohne Fami- lienschutz	mit Fami- lienschutz	ohne Fami- lienschutz	mit Fami- lienschutz
Gesamt	1.152	1.595	13.440	30.437	60.107	66.533
Syrien	39	91	620	6.196	57.770	62.737
Afghanistan	321	435	6.916	11.948	430	648
Türkei	108	188	2.109	3.009	59	194
Irak	8	12	206	1.373	103	349

01.01.–31.10.2024	Asylberechtigung Artikel 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	
	ohne Fami- lienschutz	mit Fami- lienschutz	ohne Fami- lienschutz	mit Fami- lienschutz	ohne Fami- lienschutz	mit Fami- lienschutz
Somalia	139	148	600	1.299	143	241
Iran	111	143	1.098	1.561	79	106
Ungeklärt	22	28	793	1.313	235	366
Russische Föderation	45	61	125	200	27	48
Kolumbien	-	-	1	1	4	4
Eritrea	2	47	14	1.815	124	425
Guinea	62	66	125	246	42	58
Venezuela	17	26	32	37	49	60
Georgien	-	-	-	1	3	3
Nigeria	11	11	48	96	7	15
Algerien	3	3	13	17	6	17

3. Welche genaueren Angaben kann die Bundesregierung machen zu den Rechtsgrundlagen der im bisherigen Jahr 2024 durch das BAMF bzw. durch die Gerichte (soweit vorliegend) gewährten subsidiären Schutzstatus (nach § 4 Absatz 1 Nummer 1, Nummer 2 bzw. Nummer 3 AsylG, bitte in absoluten und relativen Zahlen darstellen und nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragestellenden, dass der subsidiäre Schutzstatus in Deutschland ohne EU-Vertragsänderung nicht abgeschafft werden kann, weil seine Schaffung auf EU-Primärrecht beruht (vgl. Artikel 78 AEUV und Vorbemerkung der Fragesteller, bitte begründen)?

Die Angaben zur ersten Teilfrage können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Asylentscheidungen des BAMF:

Jan. bis Okt. 2024	subsidiärer Schutz	subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 3 AsylG	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Staatsangehörig- keiten gesamt	66.533	25	0,0 %	59.155	88,9 %	927	1,4 %
darunter:							
Syrien	62.737	20	0,0 %	57.647	91,9 %	103	0,2 %
Afghanistan	648	2	0,3 %	425	65,6 %	3	0,5 %
Somalia	241	-	0,0 %	139	57,7 %	4	1,7 %
Irak	349	-	0,0 %	97	27,8 %	6	1,7 %
Venezuela	60	-	0,0 %	49	81,7 %	-	0,0 %
Sudan	497	-	0,0 %	17	3,4 %	465	93,6 %
Eritrea	425	-	0,0 %	124	29,2 %	-	0,0 %
Ungeklärt	366	-	0,0 %	224	61,2 %	11	3,0 %
Jemen	301	-	0,0 %	55	18,3 %	228	75,7 %
Türkei	194	-	0,0 %	57	29,4 %	2	1,0 %
Nigeria	15	-	0,0 %	7	46,7 %	-	0,0 %
Iran	106	3	2,8 %	76	71,7 %	-	0,0 %
Guinea	58	-	0,0 %	42	72,4 %	-	0,0 %
Ukraine	40	-	0,0 %	-	0,0 %	19	47,5 %
Äthiopien	25	-	0,0 %	6	24,0 %	-	0,0 %

Asylentscheidungen infolge gerichtlicher Überprüfung:

01.01.– 30.09.2024	subsidiärer Schutz	subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 1 AsylG		subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 2 AsylG		subsidiärer Schutz gemäß § 4 I Nummer 3 AsylG	
	Gesamt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Staatsangehörig- keiten gesamt	857	31	3,6 %	395	46,1 %	372	43,4 %
darunter:							
Pers. aus palästi- nensischen Gebie- ten (nicht als Staat anerkannt)	182	7	3,8 %	16	8,8 %	159	87,4 %
Eritrea	121	5	4,1 %	103	85,1 %	2	1,7 %
Ungeklärt	106	1	0,9 %	11	10,4 %	93	87,7 %
Irak	83	5	6,0 %	61	73,5 %	1	1,2 %
Russische Föderation	73	2	2,7 %	54	74,0 %	1	1,4 %
Sudan	67	1	1,5 %	6	9,0 %	60	89,6 %
Iran	36	1	2,8 %	31	86,1 %	-	0,0 %
Türkei	30	1	3,3 %	28	93,3 %	-	0,0 %
Staatenlos	14	1	7,1 %		0,0 %	13	92,9 %
Ukraine	14	-	0,0 %	3	21,4 %	11	78,6 %
Afghanistan	13	-	0,0 %	10	76,9 %	1	7,7 %
Georgien	13	-	0,0 %	11	84,6 %	-	0,0 %
Somalia	13	-	0,0 %	7	53,8 %	4	30,8 %
Myanmar	11	-	0,0 %	1	9,1 %	10	90,9 %
Nigeria	11	5	45,5 %	6	54,5 %	-	0,0 %

Zur zweiten Teilfrage:

Der von den Fragestellenden herangezogene Artikel 78 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (EU) enthält die allgemeine Aufgabe, unter anderem im Bereich des subsidiären Schutzes eine gemeinsame Politik zu entwickeln. Dessen Ausprägungen sind sekundärrechtlich bestimmt und damit ohne Änderung der EU-Verträge veränderlich.

- Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die bereinigten Schutzquoten und absoluten Fallzahlen für die Herkunftsländer Afghanistan, Irak, Iran, Eritrea, Somalia, Nigeria, Russische Föderation und die Türkei (hier bitte noch einmal gesondert nach kurdischer bzw. türkischer Volkszugehörigkeit getrennt auflisten) im bisherigen Jahr 2024 für die BAMF-Außenstellen, die für Asyl-Flughafenverfahren zuständig sind, im Vergleich zu den jeweiligen Werten aller BAMF-Organisationseinheiten im Bundesdurchschnitt und im Vergleich zu den drei BAMF-Organisationseinheiten mit den jeweils drei niedrigsten Schutzquoten (bei jeweils mindestens 20 Entscheidungen, bitte detailliert auflisten)?

Eine Aussagekraft von Schutzquotenabweichungen (Vergleich der lokalen Schutzquote (ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen) einzelner Organisationseinheiten mit der Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen) kann nur unter der Prämisse angenommen werden, dass der Beurteilung repräsentative Daten zu Grunde liegen (statistische Evidenz).

Im Rahmen der halbjährlichen Schutzquotenanalyse des BAMF wird eine Repräsentativität bei einer Entscheidungsmenge in Höhe von 50 materiell-recht-

lichen Entscheidungen je Herkunftsland und Organisationseinheit angenommen. Zudem muss die identifizierte Abweichung der lokalen Schutzquote von der Gesamtschutzquote mindestens zehn Prozent betragen.

Sofern die vorgenannten Parameter in der nachfolgenden Übersicht nicht erfüllt sind (d. h. sofern weniger als 50 materiell-rechtliche Entscheidungen je Herkunftsland und Organisationseinheit pro Halbjahr getroffen wurden und/oder die festgestellte Abweichung der lokalen Schutzquote von Gesamtschutzquote geringer ist als zehn Prozent), ist in Ermangelung der entsprechenden Aussagekraft eine Ableitung valider Erkenntnisse nicht möglich. Die diesbezüglichen Schutzquotenabweichungen sind als statistischer Effekt zu betrachten und daher als Beurteilungsgrundlage nicht geeignet.

Die Angaben der Schutzquoten ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Afghanistan		
01.01.–31.10.2024	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	36.343	94,6 %
darunter:		
AS Frankfurt/Flughafen	202	92,0 %
AS Lebach in AnKER, LAS	167	76,8 %
AS Leipzig im AZ	220	74,9 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	594	57,7 %

Irak		
01.01.–31.10.2024	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	9.691	31,4 %
darunter:		
AS Augsburg in AnKER	511	12,5 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	204	12,0 %
AS Trier, LAS	109	9,9 %
AS Frankfurt/Flughafen	82	5,4 %

Iran		
01.01.–31.10.2024	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	6.476	37,5 %
darunter:		
AS Frankfurt/Flughafen	112	19,3 %
AS Bamberg in AnKER	128	17,5 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	311	14,8 %
AS Schwerin im AZ, LAS	89	12,9 %

Eritrea		
01.01.–31.10.2024	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	3.092	84,9 %
darunter:		
AS Mönchengladbach im AZ	21	76,2 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	28	75,0 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	41	69,2 %
AS Frankfurt/Flughafen	3	0,0 %

Somalia		
01.01.–31.10.2024	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	4.154	89,7 %
darunter:		
AS Frankfurt/Flughafen	20	75,0 %
AS Leipzig im AZ	111	57,4 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	160	49,7 %
AS Freiburg	21	38,9 %

Nigeria		
01.01.–31.10.2024	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	2.712	19,8 %
darunter:		
AS Zirndorf in AnKER	20	5,9 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	33	4,3 %
AS Mönchengladbach im AZ	21	0,0 %
AS Frankfurt/Flughafen	13	0,0 %

Russische Föderation		
01.01.–31.10.2024	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	6.400	10,4 %
darunter:		
AS Sigmaringen	68	0,0 %
AS Frankfurt/Flughafen	36	0,0 %
AS Karlsruhe, LAS	31	0,0 %
AS Braunschweig	26	0,0 %

Türkei		
01.01.–31.10.2024	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	36.340	12,9 %
darunter:		
AS Frankfurt/Flughafen	228	5,4 %
AS Berlin, LAS	3.873	3,1 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	1.224	2,6 %
AS Bamberg in AnKER	24	0,0 %

Türkei Volkszugehörigkeit Kurden		
01.01.–31.10.2024	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	29.771	4,2 %
darunter:		
AS Frankfurt/Flughafen	199	2,1 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	1.092	0,8 %
AS Zirndorf in AnKER	1.569	0,5 %
AS Bamberg in AnKER	20	0,0 %

Türkei Volkszugehörigkeit Türken		
01.01.–31.10.2024	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	5.598	55,6 %
darunter:		
AS Frankfurt/Flughafen	24	33,3 %
AS Berlin, LAS	473	13,3 %
AS Oldenburg	40	10,8 %
AS Bremen im AZ, LAS	45	8,3 %

- a) Wie erklärt die Bundesregierung, dass diese Schutzquoten der BAMF-Außenstelle am Frankfurter Flughafen im Jahr 2023 (mit der Ausnahme von sechs Entscheidungen zu Schutzsuchenden aus Russland) stets und zum Teil deutlich unterhalb der jeweiligen bundesweiten Vergleichswerte und mehrfach auch an letzter Stelle lagen (vgl. Antwort zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 20/12228)?

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen in der Antwort zu Frage 4 ist bei der Würdigung der betreffenden Entscheidungszahlen des Jahres 2023 lediglich eine Abweichung hinsichtlich des Herkunftslandes (HKL) Irak im Kontext der Fragestellung statistisch relevant.

Die hinsichtlich des HKL Irak vorliegende Unterschreitung der lokalen Schutzquote (ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen) lässt sich folgendermaßen nachvollziehen:

In der Außenstelle Frankfurt/Flughafen werden nicht nur Asylfälle im Flughafenverfahren bearbeitet, sondern – aufgrund hoher Auslastung anderer hessischer Außenstellen des BAMF – auch reguläre Verfahren aus diesen Außenstellen. Bei diesen Akten handelt es sich erfahrungsgemäß überwiegend um Ablehnungsfälle, da die schneller zu entscheidenden Verfahren von den abgebenden Außenstellen selbst bearbeitet werden. Die Bearbeitung von Fremdakten kann somit zur Folge haben, dass Ablehnungsquoten höher und Schutzquoten niedriger ausfallen (so auch beim HKL Irak).

- b) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Fragestellenden, dass die deutlich unterdurchschnittlichen Schutzquoten im Flughafenverfahren auch mit den besonderen Umständen des Flughafenverfahrens erklärt werden können (z. B. faktische Inhaftierung der Betroffenen, kein uneingeschränkter Zugang zu Beratungsstellen und Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, deutlich beschleunigtes Asylverfahren mit unmittelbarer Anhörung und erheblich verkürzten Fristen für Rechtsmittel usw.), und wenn nein, wie begründet sie diese Auffassung angesichts der nach Auffassung der Fragestellenden offenkundig belastenden und einschränkenden Umstände des Flughafenverfahrens und der nach Angaben der Bundesregierung (vgl. ebd.) deutlich schlechteren Anerkennungschancen von Schutzsuchenden in diesen Verfahren (bitte darlegen)?

Unter Bezugnahme auf obige Ausführungen sind seitens BAMF keine deutlich unterdurchschnittlichen relevanten Schutzquotenabweichungen im Flughafenverfahren feststellbar, weshalb sich aufgrund der zugrunde gelegten Zahlen keine deutlich schlechteren Anerkennungschancen von Schutzsuchenden in diesen Verfahren ableiten lassen.

- c) Teilt die Bundesregierung die Sorge der Fragestellenden, dass es auch bei den künftig vorzunehmenden Grenzverfahren infolge der GEAS-Reform, die die jetzigen Flughafenverfahren ersetzen werden, zu niedrigeren Schutzquoten im Vergleich zu „normalen“ Asylverfahren kommen könnte, weil Gefahren im Einzelfall nicht erkannt oder unzureichend gewürdigt werden könnten (bitte begründen), und welche Rolle spielen hierbei politische Erwartungshaltungen, wonach die künftigen Grenzverfahren zu einer schnelleren Ablehnung und Abschiebung von Schutzsuchenden aus Ländern mit geringeren Anerkennungschancen führen sollen (bitte begründen)?

Das Grenzverfahren unterteilt sich in das Asylverfahren an der Grenze nach den Artikeln 43 bis 54 der Verordnung (EU) 2024/1348 (Asylgrenzverfahren) sowie in das sich gegebenenfalls anschließende Rückkehrverfahren an der Grenze nach der Verordnung (EU) 2024/1349 (Rückkehrgrenzverfahren).

Das Asylgrenzverfahren dient der beschleunigten Prüfung von Asylanträgen vor Einreise der Antragsteller in das Bundesgebiet. Auch im Asylgrenzverfahren werden Asylanträge im Einzelfall geprüft, der Prüfungsmaßstab unterscheidet sich dabei nicht vom regulären Asylverfahren nach Einreise in das Bundesgebiet. Es werden hinreichend die im Einzelfall vorgetragenen Umstände gewürdigt.

Ziel dieser neu eingeführten verpflichtenden Asylgrenzverfahren ist, dass an den EU-Außengrenzen schnell und rechtsstaatlich über den Asylantrag von mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht schutzbedürftigen Personen entschieden werden kann. Das sich gegebenenfalls anschließende Rückkehrgrenzverfahren dient der anschließenden schnellen Rückführung abgelehnter Asylantragsteller.

- d) Ist es zutreffend, dass die Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser, bei der EU-Kommission angefragt haben soll, inwieweit Grenzverfahren schon vor dem regulären Inkrafttreten der GEAS-Reform im Juni 2026 umgesetzt werden können (vgl. www.zeit.de/news/2024-10/08/faeser-wuerde-aussengrenzverfahren-an-flughafen-gern-vorziehen), auf welcher Rechtsgrundlage und wie genau (räumlich, praktisch, institutionell usw.) soll dies nach den Vorstellungen der Bundesministerin geschehen, und wie hat die EU-Kommission auf eine solche Anfrage gegebenenfalls geantwortet (bitte darlegen)?

Die Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser hat bei einem Gespräch am 13. September 2024 und bei einem Gespräch am Rande des G7-Innenministertreffens am 2. bis 4. Oktober gegenüber EU-Innenkommissarin Ylva Johansson dargelegt, dass das BMI die Möglichkeit einer Erweiterung des bereits bestehenden Flughafenverfahrens in Deutschland auf Grundlage bereits geltenden EU-Rechts prüfte. Inhalt dieser Prüfung war insbesondere eine mögliche Eröffnung des Flughafenverfahrens für Personen aus Herkunftsstaaten mit einer EU-weiten Anerkennungsquote von weniger als 20 Prozent.

Rechtsgrundlage hierfür sollte insbesondere Artikel 31 Absatz 8 der Richtlinie 2013/32/EU (Asylverfahrensrichtlinie) sein. Die konkrete Ausgestaltung dieses Vorhabens war zum Zeitpunkt des Gesprächs noch nicht festgelegt.

EU-Innenkommissarin Ylva Johansson signalisierte die Offenheit der EU-Kommission für eine vorzeitige Umsetzung dieser Elemente auf Grundlage des bestehenden Rechts. Weiter wurde die Freiwilligkeit bei der vorzeitigen Umsetzung und die Bedeutung der Wahrung einer Balance zwischen Solidarität und Verantwortung betont.

5. Wie viele Asylanträge von nichtukrainischen Staatsangehörigen, die vor dem Krieg in der Ukraine geflohen sind, gab es im bisherigen Jahr 2024, und wie wurden diese vom BAMF entschieden (bitte jeweils auch nach den zehn wichtigsten Staatsangehörigkeiten auflisten)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jan. bis Okt. 2024	Asylanträge	Entscheidungen über Asylanträge							
		insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG	Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG	Ablehnungen (offens. begr. abgelehnt)	Sonstige Verfahrenserledigungen (ohne Dublin-Entscheidungen)	
Staatsangehörigkeiten gesamt	43	94	-	16	11	5	56	6	
darunter:									
Nigeria	7	10	-	2	-	1	7	-	
Marokko	5	5	-	1	-	-	3	1	
Afghanistan	3	13	-	10	-	3	-	-	
Aserbaidschan	3	4	-	-	-	-	4	-	
Moldau, Republik	2	5	-	-	-	-	3	2	
Russische Föderation	2	9	-	1	-	-	7	1	
Türkei	2	6	-	1	-	-	5	-	
Ägypten	2	-	-	-	-	-	-	-	
Usbekistan	2	1	-	-	-	-	1	-	

Hinweis: Die übrigen Staatsangehörigkeiten betreffen jeweils weniger als zwei Asylanträge.

6. Wie lauten die geschlechtsspezifisch differenzierten Anerkennungszahlen zu Asylsuchenden aus Afghanistan bzw. aus dem Iran für das bisherige Jahr 2024 in absoluten und relativen Zahlen (bitte jeweils auch nach den Formen der Anerkennung bzw. Ablehnung bzw. sonstige Erledigungen differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Entscheidungen über Asylanträge von weiblichen und männlichen Antragstellenden aus Afghanistan													
Zeitraum & Geschlecht		Asylberechtigung Artikel 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Ablehnungen (unbegr./offens. unbegr.)		Sonstige Verfahrenserledigungen	
Gesamt Jan. bis Okt. 2024	Ge-samt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Männlich	28.827	139	0,5 %	6.423	22,3 %	359	1,2 %	14.050	48,7 %	1.556	5,4 %	6.300	21,9 %
Weiblich	7.516	296	3,9 %	5.525	73,5 %	289	3,8 %	281	3,7 %	7	0,1 %	1.118	14,9 %

Entscheidungen über Asylanträge von weiblichen und männlichen Antragstellenden aus dem Iran													
Zeitraum & Geschlecht		Asylberechtigung Artikel 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 Absatz 1 AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 AsylG		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 AufenthG		Ablehnungen (unbegr./offens. unbegr.)		Sonstige Verfahrenserledigungen	
Gesamt Jan. bis Okt. 2024	Ge-samt	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Männlich	3.883	64	1,6 %	829	21,3 %	32	0,8 %	18	0,5 %	1.883	48,5 %	1.057	27,2 %
Weiblich	2.593	79	3,0 %	732	28,2 %	74	2,9 %	20	0,8 %	1.200	46,3 %	488	18,8 %

7. Wie wird das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 4. Oktober 2024 in den Rechtssachen C-608 und 609/22, wonach afghanischen Frauen unabhängig von den Einzelfallumständen aufgrund der kumulativen Diskriminierungssituation in Afghanistan Flüchtlingsschutz gewährt werden muss, durch das BAMF umgesetzt (bitte darlegen), und inwiefern wird das BAMF insbesondere von sich aus die Erteilung von Flüchtlingsschutz an afghanische Frauen in anhängigen Gerichtsverfahren anbieten bzw. von Amts wegen die Abänderung rechtskräftig gewordener Asylbescheide prüfen und gegebenenfalls vornehmen, soweit afghanischen Frauen nur subsidiärer oder nationaler Abschiebungsschutz gewährt oder diese sogar abgelehnt wurden, jedenfalls soweit die Betroffenen noch in Deutschland leben (bitte ausführen und begründen und Angaben zur ungefähren Zahl möglicher Betroffener machen)?

Das BAMF prüft derzeit die Auswirkungen des Urteils des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 4. Oktober 2024 auf die deutsche Asylpraxis.

Die Situation von Frauen und Mädchen in Afghanistan findet bereits jetzt in den Herkunftsländerleitsätzen (HKL-LS) besondere Beachtung. Sowohl die tatsächliche Situation als auch die rechtliche Bewertung werden dabei ständig überprüft und ggf. aktualisiert. Seit der Machtübernahme der Taliban hat sich die Situation von Frauen und Mädchen in Afghanistan nach Auffassung des BAMF anhaltend verschlechtert. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, wurden die HKL-LS Afghanistan bereits aktualisiert. Nach den aktualisierten Vorgaben liegen damit bei afghanischen Frauen und Mädchen in der Regel die Voraussetzungen für die Zuerkennung von Flüchtlingsschutz bzw. subsidiärem Schutz bei Nichtvorliegen eines Verfolgungsgrundes i. S. v. § 3b AsylG vor. Die genannte Entscheidungspraxis wird auch der Prüfung etwaiger Abhilfen in anhängigen Klageverfahren zu Grunde gelegt. Aufgrund der aktuellen Entscheidungspraxis ist die Schutzwahrscheinlichkeit für Frauen und Mädchen aus Afghanistan aktuell außerordentlich hoch.

8. Wie viele Ablehnungen und wie viele Abschiebungsandrohungen des BAMF gab es im bisherigen Jahr 2024 gegenüber unbegleiteten Minderjährigen (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und in wie vielen Fällen wurde in diesen Zeiträumen gegenüber unbegleiteten Minderjährigen keine Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Asylantrags erlassen, z. B. weil im Herkunftsland keine geeigneten Aufnahmemöglichkeiten zur Verfügung standen (bitte ebenfalls nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden, wobei zu den Gründen der nichterfolgten Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Asylantrags keine statistischen Daten erhoben werden:

Jan. bis Okt. 2024	Ablehnungen
Gesamt	369
davon	
Syrien	0
Afghanistan	23
Türkei	140
Somalia	7
Guinea	38
Tunesien	32
Irak	23
Ungeklärt	2

Jan. bis Okt. 2024	Ablehnungen
Iran	22
Marokko	11

01.01.–31.10.2024	Abschiebungsandrohung auch in Herkunftsstaat	Abschiebungsandrohung nur in Drittstaat	Abschiebungsanordnung in sich. Drittstaat
Gesamtergebnis	328	11	5
davon:			
Syrien	0	7	2
Afghanistan	27	2	0
Türkei	109	0	1
Somalia	8	1	1
Guinea	30	0	0
Tunesien	23	0	0
Irak	21	0	0
Ungeklärt	6	0	0
Iran	18	0	0
Marokko	11	0	0

01.01.–31.10.2024	Keine Abschiebungsandrohung trotz Ablehnung des Antrags
Gesamtergebnis	127
davon	
Syrien	-
Afghanistan	4
Türkei	44
Somalia	1
Guinea	17
Tunesien	11
Irak	5
Ungeklärt	0
Iran	6
Marokko	4

9. Wie viele Asylsuchende wurden im bisherigen Jahr 2024 registriert (bitte nach Monaten auflisten und der Zahl der gestellten Asylerstanträge in den jeweiligen Monaten gegenüberstellen), wie groß war die Zahl der Asylsuchenden, die noch keinen Asylantrag stellen konnten, zum letzten Stand (bitte auch nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern auflisten), und gibt es noch relevante Zeitverzögerungen bei der Asylantragstellung (bitte ausführen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

	Asylgesuche*	Asylerstanträge*
Januar 2024	17.801	26.376
Februar 2024	15.402	19.494
März 2024	14.703	16.430
April 2024	17.435	17.500
Mai 2024	17.105	17.231
Juni 2024	16.189	16.773
Juli 2024	19.079	18.503
August 2024	18.887	18.427
September 2024	18.803	18.113

	Asylgesuche*	Asylerstanträge*
Oktober 2024	18.681	19.785
Januar bis Oktober 2024	183.553	199.947

* Anmerkung: Aufgrund nachträglicher Änderungen können die Monatswerte nicht zu einem Gesamtwert addiert werden.

Land	Asylgesuche ohne Antragstellung (Stand: 31.10.2024)
Gesamt	13.973
davon	
Baden-Württemberg	1.235
Bayern	2.236
Berlin	227
Brandenburg	354
Bremen	158
Hamburg	182
Hessen	402
Mecklenburg-Vorpommern	185
Niedersachsen	1.170
Nordrhein-Westfalen	2.262
Rheinland-Pfalz	662
Saarland	94
Sachsen	766
Sachsen-Anhalt	419
Schleswig-Holstein	442
Thüringen	409
Unbekannt*	2.770

* Registrierungen mit Bundesland „unbekannt“ sind solche, die hauptsächlich von polizeilichen Stellen vorgenommen wurden. Bei dieser Registrierung kann oftmals noch kein Bundesland zugeordnet werden. Dieses wird dann nachträglich bei der Asylantragstellung bestimmt.

Herkunftsland	Asylgesuche ohne Antragstellung (Stand: 31.10.2024)
Gesamt	13.973
darunter	
Syrien	3.797
Afghanistan	1.357
Türkei	1.267
Marokko	429
Algerien	400
Irak	360
Somalia	346
Russische Föderation	318
China	301
Kolumbien	301

Hinsichtlich der letzten Teilfrage kann davon ausgegangen werden, dass es allgemein keine relevanten Zeitverzögerungen bei der Asylantragstellung gibt.

10. Worauf bezog genau sich Bundeskanzler Olaf Scholz, als er laut einem Medienbericht gesagt haben soll, die Bundesregierung habe die Zahl der Asylgesuche bereits um rund 50 Prozent reduziert, und worauf bezog er sich, als er behauptete, es habe im Jahr 2023 300 000 „irreguläre“ Einreisen nach Deutschland gegeben (vgl. www.migazin.de/2024/10/20/wenig-konkretes-eu-migrationsgipfel-alleingaenge/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_source_platform=mailpoet&utm_campaign=migletter-free_2042, bitte die jeweilige Quelle und entsprechende Zahlen nennen)?

Laut Statistik des BAMF gab es im Jahr 2023 in Deutschland insgesamt 324.636 Asylgesuche. Im September 2023 betrug die Zahl der Asylgesuche 41.004, im Oktober 2023 lag sie bei 44.976. Im September 2024 betrug die Zahl der Asylgesuche nach vorläufiger Erfassung 19.557, also minus 52,3 Prozent im Vergleich zum September 2023. Im Oktober 2024 waren es 19.278, also minus 57,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Aufgrund von Nachregistrierungen können sich die jeweiligen Monatszahlen im Jahresverlauf noch verändern.

11. Zu welchem Anteil und in welcher Zahl verfügten Asylsuchende im bisherigen Jahr 2024 über keine Identitätspapiere (Reisepässe, Ausweise, Sonstiges), mit denen ihre Herkunft bzw. Identität nach Auffassung des BAMF hinreichend sicher zu klären war (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie hoch war die bereinigte Schutzquote im bisherigen Jahr 2024 bei Asylsuchenden mit bzw. ohne Identitätspapiere?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Zum Heranziehen der erfragten Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen wird auf die Antwort zu den Fragen 1a und 1b verwiesen.

Vorlage von Identitätspapieren durch Erstantragsteller im Alter ab 18 Jahren Jan. bis Okt. 2024				
Staatsangehörigkeiten	Anzahl der Erstantragsteller	Anzahl der Antragsteller mit Identitätspapieren*	Anzahl der Antragsteller ohne Identitätspapiere*	Anteil der Antragsteller ohne Identitätspapiere*
Gesamt	126.945	60.964	65.981	52,0 %
darunter:				
Syrien	42.147	27.151	14.996	35,6 %
Afghanistan	17.723	6.457	11.266	63,6 %
Türkei	16.786	7.829	8.957	53,4 %
Irak	3.734	2.286	1.448	38,8 %
Somalia	3.380	231	3.149	93,2 %
Iran	3.598	1.311	2.287	63,6 %
Ungeklärt	2.895	861	2.034	70,3 %
Russische Föderation	2.232	1.156	1.076	48,2 %
Kolumbien	2.233	2.134	99	4,4 %
Eritrea	849	192	657	77,4 %
Guinea	1.438	44	1.394	96,9 %
Venezuela	1.702	1.659	43	2,5 %
Georgien	1.408	988	420	29,8 %
Nigeria	1.089	156	933	85,7 %
Algerien	1.597	76	1.521	95,2 %

* Pass, Passersatz, Personalausweis

Die Gesamtschutzquote unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF lag im Zeitraum Januar bis Oktober 2024 bei Asylsuchenden mit Identitätspapieren bei 65,0 Prozent, bei Asylsuchenden ohne Identitätspapiere bei 59,0 Prozent.

12. Wie viele Asylanträge wurden im bisherigen Jahr 2024 nach § 14a Absatz 2 des Asylgesetzes von Amts wegen für hier geborene (oder eingereiste) Kinder gestellt, wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen von Kindern bzw. für Kinder unter 16 Jahren bzw. von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren bzw. von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt (bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen in Relation zur Gesamtzahl der Asylanträge sowie die Gesamtzahl der Anträge unter 18-Jähriger und sich überschneidende Teilmengen angeben), und wie hoch waren die jeweiligen (auch bereinigten) Gesamtschutzquoten für die genannten Gruppen?

Die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag Zeitraum Januar bis Oktober 2024 bei 93,3 Prozent, bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 88,0 Prozent und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 52,6 Prozent.

Die Gesamtschutzquote unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im genannten Zeitraum bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 92,6 Prozent und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 63,8 Prozent.

Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Teilmengen sind eingerückt zur beinhaltenden Menge angegeben:

		01.01.–31.10.2024	
		absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt		199.947	
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt	73.002	36,5 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	60.749	30,4 %
	unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	3.228	1,6 %
	Anträge gemäß § 14a Absatz 2 AsylG	5.190	2,6 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre	12.253	6,1 %
	unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	8.397	4,2 %
	Anträge gemäß § 14a Absatz 2 AsylG	29	0,0 %

13. Wie viele der Asylsuchenden im bisherigen Jahr 2024 waren sogenannte Nachgeborene, d. h. hier geborene Kinder von Asylsuchenden oder Flüchtlingen (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen nur zu Asylantragstellenden vor. 18.083 Asylantragstellende im Zeitraum Januar bis Oktober 2024 waren sogenannte „Nachgeborene“, d. h. in Deutschland geborene Kinder (und zum Zeitpunkt der Asylantragstellung unter einem Jahr alt), davon 4.381 Kinder von anerkannten Asylberechtigten und 3.976 von anerkannten Flüchtlingen (Artikel 16a des Grundgesetzes und § 3 Absatz 1 AsylG). Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jan. bis Okt. 2024	absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Gesamt	18.083	9,0 %
darunter:		
Syrien	6.151	9,3 %
Afghanistan	1.905	6,3 %
Türkei	1.793	6,9 %
Irak	1.415	20,2 %
Somalia	707	11,6 %
Iran	254	5,5 %
Ungeklärt	538	12,8 %
Russische Föderation	347	8,8 %
Kolumbien	52	1,7 %
Eritrea	1.032	38,2 %

14. Wie viele Asylanträge wurden im bisherigen Jahr 2024 als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (bitte Angaben differenziert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern machen und zudem jeweils in Relation zur Gesamtzahl der Ablehnungen setzen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jan. bis Okt. 2024	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
Gesamt	73.377	29.020	39,5 %
darunter:			
Syrien	23	4	17,4 %
Afghanistan	1.563	66	4,2 %
Türkei	23.231	5.637	24,3 %
Irak	4.718	807	17,1 %
Somalia	291	24	8,2 %
Iran	3.083	362	11,7 %
Ungeklärt	391	204	52,2 %
Russische Föderation	2.867	727	25,4 %
Kolumbien	2.631	192	7,3 %
Eritrea	419	19	4,5 %
Guinea	817	197	24,1 %
Venezuela	2.242	558	24,9 %
Georgien	4.248	4.176	98,3 %
Nigeria	1.128	265	23,5 %
Algerien	1.289	960	74,5 %

15. Wie viele sogenannte Flughafenverfahren wurden im bisherigen Jahr 2024 an welchen Flughafenstandorten mit welchem Ergebnis durchgeführt (bitte auch Angaben zum Anteil der Minderjährigen, der unbegleiteten Minderjährigen und den zehn wichtigsten Herkunftsländern machen), in wie vielen Fällen wurden Rechtsmittel gegen eine Ablehnung als offensichtlich unbegründet eingelegt, und was waren die Ergebnisse der gerichtlichen Überprüfung (bitte nach wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln)?

Im Berichtszeitraum gab es keine Flughafenverfahren für unbegleitete Minderjährige. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jan. bis Okt. 2024	Flughafenverfahren			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Herkunftsland	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a Absatz 6 AsylG	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	365	72	208	152	0
darunter:					
Syrien	82	11	80	0	0
Iran	44	11	34	10	0
Afghanistan	35	4	35	0	0
Irak	35	13	9	26	0
Marokko	19	0	1	18	0
Simbabwe	14	6	2	12	0
Pakistan	13	6	4	9	0
Sri Lanka	13	3	0	11	0
Kongo, Demokrat. Rep.	12	2	4	8	0
Senegal	12	0	3	9	0

Jan. bis Okt. 2024	Flughafenverfahren			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Flughafen	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a Absatz 6 AsylG	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	365	72	208	152	0
davon:					
Flughafen Berlin	55	9	41	14	0
Flughafen Frankfurt	257	47	130	122	0
Flughafen München	53	16	37	16	0

Herkunftsland	Rechtsmittel Verwaltungsgericht		
	eingelegt	stattgegeben	abgelehnt
Insgesamt	111	6	93
darunter:			
Syrien	0	0	0
Iran	4	0	3
Afghanistan	0	0	0
Irak	20	0	18
Marokko	14	0	15
Simbabwe	10	4	1
Pakistan	8	0	8
Sri Lanka	11	0	10
Kongo, Demokrat. Rep.	7	1	6
Senegal	7	0	6

16. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die statistischen Daten zu Rechtsmitteln und Gerichtsentscheidungen im Bereich Asyl für das bisherige Jahr 2024 (bitte jeweils in der Differenzierung wie in der Antwort zu Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 20/432 darstellen: Asylverfahren, Widerrufsverfahren, Eilanträge in Dublin-Verfahren, Verfahrensdauern, auch zu Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes bzw. nach § 80 Absatz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung; neben der Differenzierung nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern bitte in jedem Fall auch Angaben zu den sicheren Herkunftsstaaten sowie zu Marokko, Tunesien, Algerien, Belarus, Ukraine, Russische Föderation und Türkei machen – aus Gründen der Übersichtlichkeit und wegen geringer Fallzahlen in den weiteren Instanzen sind Angaben zur ersten Instanz ausreichend)?

Die Angaben können, soweit vorliegend, den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jan. bis Sep. 2024 (Stand: 15.11.2024)	Eingelegte Klagen	Erst- und Folgeanträge											anhän- gige Rechts- mittel
		Gesamt	Asyl Ar- tikel 16a GG u. Fam.-Asyl	(GFK) Flücht- lings- schutz	subsi- diärer Schutz	Abschie- bungs- verbot	Ablehnungen		sonst. Verfahrens- erledigungen (z. B. Rücknahmen)		absolut	Anteil	
							absolut	Anteil	absolut	Anteil			
Staatsangehörigkei- ten gesamt	79.284	71.821	168	2.275	857	1.788	23.175	32,3 %	43.558	60,6 %	127.432		
Türkei	22.412	12.191	53	452	30	51	5.011	41,1 %	6.594	54,1 %	30.719		
Syrien	7.591	8.886	3	172	4	35	2.209	24,9 %	6.463	72,7 %	14.326		
Irak	5.402	6.918	8	175	83	376	3.090	44,7 %	3.186	46,1 %	17.480		
Afghanistan	4.536	4.467	2	120	13	122	250	5,6 %	3.960	88,7 %	5.711		
Iran	3.350	3.270	37	638	36	35	807	24,7 %	1.717	52,5 %	7.157		
Georgien	3.247	5.338	-	3	13	27	2.240	42,0 %	3.055	57,2 %	4.115		
Russische Föderation	3.027	2.790	3	43	73	44	653	23,4 %	1.974	70,8 %	5.470		
Kolumbien	1.929	603	7	-	1	-	339	56,2 %	256	42,5 %	2.657		
Venezuela	1.913	851	13	16	6	152	284	33,4 %	380	44,7 %	3.082		
Nigeria	1.496	2.199	1	32	11	172	839	38,2 %	1.144	52,0 %	2.831		
Tunesien	1.405	938	1	4	1	4	396	42,2 %	532	56,7 %	1.258		
Nordmazedonien	1.398	2.359	-	-	-	9	496	21,0 %	1.854	78,6 %	1.306		
Pakistan	1.286	1.326	7	197	1	27	422	31,8 %	672	50,7 %	1.962		
Armenien	1.069	854	-	5	3	24	336	39,3 %	486	56,9 %	1.541		
Somalia	1.034	1.131	-	25	13	109	156	13,8 %	828	73,2 %	1.604		
Albanien	545	794	-	-	3	30	214	27,0 %	547	68,9 %	712		
Bosnien und Herzegowina	371	459	-	-	-	8	95	20,7 %	356	77,6 %	344		
Ghana	137	156	-	1	-	6	45	28,8 %	104	66,7 %	276		
Kosovo	688	492	-	-	-	11	162	32,9 %	319	64,8 %	628		
Moldau, Republik	530	850	-	-	-	1	272	32,0 %	577	67,9 %	504		

Jan. bis Sep. 2024 (Stand: 15.11.2024)	Eingelegte Klagen	Erst- und Folgeanträge										anhän- gige Rechts- mittel	
		Gerichtsentscheidungen											
		Gesamt	Asyl Ar- tikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flücht- lings- schutz	subsi- diärer Schutz	Abschie- bungs- verbot	Ablehnungen		sonst. Verfahrenser- ledigungen (z. B. Rücknahmen)		absolut		Anteil
absolut	Anteil						absolut	Anteil					
Senegal	98	81	-	2	-	2	-	2	23	28,4 %	54	66,7 %	114
Montenegro	80	133	-	-	-	1	-	35	26,3 %	97	72,9 %	132	
Serbien	867	1.268	-	-	-	19	-	314	24,8 %	935	73,7 %	828	
Marokko	658	454	-	6	2	10	-	134	29,5 %	302	66,5 %	708	
Algerien	823	672	-	2	1	9	-	270	40,2 %	390	58,0 %	679	
Belarus	135	206	-	-	-	1	-	66	32,0 %	139	67,5 %	233	
Ukraine	404	86	-	-	14	6	-	4	4,7 %	62	72,1 %	553	

Jan. bis Sep. 2024 (Stand: 15.11.2024)	Eingelegte Klagen	Widerrufsverfahren										anhängige Rechts- mittel
		Gerichtsentscheidungen										
		Gesamt	Widerruf Artikel 16a GG/ Flüchtlingseigenschaft/subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserledi- gungen (z. B. Rück- nahmen)		absolut	Anteil	absolut	
absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil						
Staatsangehörigkeiten gesamt	674	1.277	595	46,6 %	137	10,7 %	545	42,7 %	2.104			
darunter:												
Syrien	163	182	73	40,1 %	19	10,4 %	90	49,5 %	365			
Irak	143	387	222	57,4 %	20	5,2 %	145	37,5 %	606			
Afghanistan	58	68	17	25,0 %	13	19,1 %	38	55,9 %	156			
Ungeklärt	32	41	13	31,7 %	7	17,1 %	21	51,2 %	113			
Iran	28	49	22	44,9 %	5	10,2 %	22	44,9 %	85			
Türkei	27	49	32	65,3 %	2	4,1 %	15	30,6 %	103			
Russische Föderation	23	58	38	65,5 %	9	15,5 %	11	19,0 %	106			
Armenien	23	64	34	53,1 %	-	0,0 %	30	46,9 %	49			
Libanon	18	34	8	23,5 %	5	14,7 %	21	61,8 %	44			
Eritrea	17	57	15	26,3 %	14	24,6 %	28	49,1 %	50			
Äthiopien	17	36	25	69,4 %	3	8,3 %	8	22,2 %	38			
Kosovo	15	26	21	80,8 %	-	0,0 %	5	19,2 %	29			
Nigeria	15	36	9	25,0 %	7	19,4 %	20	55,6 %	44			
Jordanien	9	13	2	15,4 %	6	46,2 %	5	38,5 %	22			
Somalia	8	21	7	33,3 %	8	38,1 %	6	28,6 %	43			

"letzte uoiser e eieite eip durp die lektoriete Version - gungsfassung - bunsfassung"

Jan. bis Sep. 2024 (Stand: 15.11.2024)		Widerrufsverfahren										anhängige Rechts- mittel
		Eingelegte Klagen		Gerichtsentscheidungen						sonst. Verfahrenserledi- gungen (z. B. Rück- nahmen)		
		Gesamt	Widerruf Artikel 16a GG/ Flüchtlingseigenschaft/subs. Schutz		kein Widerruf		absolut	Anteil	absolut	Anteil		
absolut	Anteil		absolut	Anteil								
Albanien	3	6	1	16,7 %	-	0,0 %	5	83,3 %	4			
Bosnien und Herzegowina	1	2	1	50,0 %	-	0,0 %	1	50,0 %	3			
Georgien	2	-	-	-	-	-	-	-	3			
Ghana	-	5	1	20,0 %	-	0,0 %	4	80,0 %	8			
Moldau, Republik	-	2	-	0,0 %	-	0,0 %	2	100,0 %	-			
Montenegro	2	1	-	0,0 %	-	0,0 %	1	100,0 %	2			
Nordmazedonien	-	2	-	0,0 %	-	0,0 %	2	100,0 %	-			
Senegal	1	-	-	-	-	-	-	-	1			
Serbien	3	12	8	66,7 %	2	16,7 %	2	16,7 %	8			
Algerien	-	5	3	60,0 %	-	0,0 %	2	40,0 %	5			
Belarus	1	-	-	-	-	-	-	-	1			
Marokko	5	2	1	50,0 %	-	0,0 %	1	50,0 %	10			
Tunesien	-	3	-	0,0 %	3	100,0 %	-	0,0 %	3			
Ukraine	-	-	-	-	-	-	-	-	6			

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten		
	Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge:	Verfahrensdauer Widerrufe:
Jan. bis Sep. 2024	16,9	30,3

Gerichtssentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren:

Jan. bis Sep. 2024 (Stand: 15.11.2023)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	3.819	1.203	5.022
Türkei	937	180	1117
Syrien	458	228	686
Afghanistan	465	136	601
Russische Föderation	227	62	289
Iran	108	112	220
Irak	160	47	207
Guinea	76	121	197
Nigeria	124	48	172
Somalia	92	15	107
Pakistan	89	5	94
Angola	91	2	93
Algerien	69	11	80
Tunesien	46	24	70
Armenien	47	22	69
Sri Lanka	60	5	65
Albanien	8	1	9
Bosnien und Herzegowina	3	0	3
Ghana	5	5	10
Kosovo	0	0	0
Moldau, Republik	8	0	8
Montenegro	0	0	0
Nordmazedonien	5	0	5
Senegal	13	0	13
Serbien	0	2	2
Belarus	49	1	50
Marokko	38	8	46
Ukraine	6	0	6

Verfahrensdauer Eilanträge im Dublin-Verfahren (in Tagen):

Jan. bis Sep. 2024 (Stand: 15.11.2024)	Antrag nach § 80 Absatz 5 VwGO	Antrag nach § 80 Absatz 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	50,1	38,9	25,2
darunter:			
Türkei	47,4	24,0	27,5
Syrien	37,5	69,4	21,3
Afghanistan	59,4	37,7	23,0
Russische Föderation	58,9	51,1	28,2
Iran	40,4	19,0	18,1
Irak	74,1	70,4	55,2
Guinea	25,6	14,5	21,0
Nigeria	36,9	12,0	66,5
Somalia	21,3	15,7	0,0
Pakistan	50,4	20,5	2,0
Angola	16,8	19,7	8,0
Algerien	24,1	7,0	0,0
Tunesien	52,8	0,0	0,0

Jan. bis Sep. 2024 (Stand: 15.11.2024)	Antrag nach § 80 Absatz 5 VwGO	Antrag nach § 80 Absatz 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Armenien	42,7	6,8	0,0
Sri Lanka	55,5	23,3	34,0
Albanien	33,4	0,0	0,0
Bosnien und Herzegowina	141,0	0,0	0,0
Ghana	9,9	29,0	0,0
Kosovo	0,0	0,0	0,0
Moldau, Republik	43,0	0,0	0,0
Montenegro	0,0	0,0	0,0
Nordmazedonien	54,0	0,0	0,0
Senegal	9,8	0,0	7,0
Serbien	19,0	0,0	0,0
Belarus	371,0	8,0	0,0
Marokko	40,6	9,0	0,0
Ukraine	177,5	0,0	0,0

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt:

Jan. bis Sep. 2024 (Stand: 15.11.2024)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	24.231	8.236	32.467
darunter:			
Türkei	4.705	1.486	6.191
Syrien	1.943	1.494	3.437
Georgien	2.956	223	3.179
Afghanistan	1.590	747	2.337
Irak	991	711	1.702
Nordmazedonien	1.285	113	1.398
Russische Föderation	729	295	1.024
Tunesien	601	155	756
Serbien	672	65	737
Armenien	597	123	720
Iran	377	324	701
Nigeria	386	188	574
Kosovo	541	30	571
Albanien	487	83	570
Ungeklärt	242	297	539
Bosnien und Herzegowina	314	45	359
Ghana	78	33	111
Moldau, Republik	456	30	486
Montenegro	81	8	89
Senegal	59	22	81
Algerien	414	49	463
Belarus	108	5	113
Marokko	326	46	372
Ukraine	32	17	49

Verfahrensdauer Eilanträge (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt (in Tagen):

Jan. bis Sep. 2024 (Stand: 15.11.2024)	Antrag nach § 80 Absatz 5 VwGO	Antrag nach § 80 Absatz 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	38,1	34,5	36,7
darunter:			
Türkei	35,2	27,2	44,0
Syrien	37,7	37,5	27,0

Jan. bis Sep. 2024 (Stand: 15.11.2024)	Antrag nach § 80 Absatz 5 VwGO	Antrag nach § 80 Absatz 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Georgien	32,1	28,6	38,7
Afghanistan	52,2	27,7	33,2
Irak	38,1	40,8	30,1
Nordmazedonien	47,1	20,2	42,5
Russische Föderation	44,7	77,9	35,1
Tunesien	35,5	15,4	47,3
Serbien	28,7	26,1	35,4
Armenien	29,3	30,8	47,7
Iran	39,6	35,3	22,9
Nigeria	42,2	43,7	43,8
Kosovo	24,1	31,7	48,7
Albanien	47,0	48,4	69,4
Ungeklärt	36,5	24,5	28,4
Bosnien und Herzegowina	34,7	71,4	34,8
Ghana	34,7	30,8	40,5
Moldau, Republik	30,2	71,0	52,0
Montenegro	36,1	4,7	37,3
Senegal	27,3	40,0	25,7
Algerien	24,6	9,4	27,7
Belarus	175,6	12,3	9,0
Marokko	26,4	10,3	15,9
Ukraine	51,3	0,0	10,3

- a) Wie viele Rechtsmittel sind derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung anhängig in Verfahren, in denen subsidiär Schutzberechtigte oder Personen mit nationalem Abschiebungsschutz (bitte differenzieren) auf einen Flüchtlingsstatus klagen (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele dieser Verfahren wurden im bisherigen Jahr 2024 mit welchem Ergebnis entschieden (bitte nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren; Angaben zur ersten Instanz sind ausreichend)?

Die folgenden Klagen gegen Entscheidungen über Asylanträge, in denen vom BAMF allein subsidiärer Schutz gewährt wurde, waren zum Stichtag 30. September 2024 anhängig:

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 30. September 2024	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	8.562
darunter:	
Syrien	7.933
Ungeklärt	142
Irak	129
Eritrea	82
Afghanistan	70
Jemen	42
Sudan	23
Staatenlos	21
Iran	21
Somalia	17

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 30. September 2023	
nach Ländern	Klagen
Gesamt	8.562
Baden-Württemberg	1.545
Bayern	516
Berlin	793
Brandenburg	441
Bremen	117
Hamburg	193
Hessen	630
Mecklenburg-Vorpommern	280
Niedersachsen	860
Nordrhein-Westfalen	1.894
Rheinland-Pfalz	51
Saarland	90
Sachsen	429
Sachsen-Anhalt	279
Schleswig-Holstein	164
Thüringen	280

Die folgenden Klagen gegen die alleinige Feststellung eines Abschiebungsverbotes waren zum Stichtag 30. September 2024 anhängig:

anhängige Rechtsmittel gegen Feststellung eines Abschiebungsverbotes zum 30. September 2024	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	1.722
darunter:	
Afghanistan	902
Syrien	219
Irak	159
Somalia	154
Eritrea	46
Türkei	28
Ungeklärt	28
Jemen	21
Äthiopien	20
Nigeria	19

anhängige Rechtsmittel gegen Feststellung eines Abschiebungsverbotes zum 30. September 2024	
nach Ländern	Klagen
Gesamt	1.722
Baden-Württemberg	231
Bayern	169
Berlin	123
Brandenburg	66
Bremen	28
Hamburg	62
Hessen	181
Mecklenburg-Vorpommern	49
Niedersachsen	144
Nordrhein-Westfalen	435
Rheinland-Pfalz	32
Saarland	11
Sachsen	70

anhängige Rechtsmittel gegen Feststellung eines Abschiebungsverbotes zum 30. September 2024	
nach Ländern	Klagen
Sachsen-Anhalt	34
Schleswig-Holstein	72
Thüringen	15

Die folgenden Klagen gegen vom BAMF allein auf subsidiären Schutz unterschiedene Verfahren wurden wie folgt entschieden:

Nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gemäß Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Jan. bis Sep. 2024	4.013	3	203	3.807
darunter				
Syrien	3.754	3	165	3.586
Ungeklärt	49	-	9	40
Eritrea	46	-	1	45
Afghanistan	31	-	8	23
Irak	31	-	1	30
Iran	26	-	9	17
Jemen	21	-	1	20
Staatenlos	14	-	1	13
Libyen	9	-	3	6
Sudan	7	-	-	7

nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gemäß Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Jan. bis Sep. 2024	4.013	3	203	3.807
Baden-Württemberg	377	-	50	327
Bayern	463	1	7	455
Berlin	633	-	5	628
Brandenburg	96	1	13	82
Bremen	87	1	40	46
Hamburg	53	-	4	49
Hessen	469	-	15	454
Mecklenburg-Vorpommern	46	-	2	44
Niedersachsen	293	-	6	287
Nordrhein-Westfalen	877	-	33	844
Rheinland-Pfalz	91	-	5	86
Saarland	52	-	-	52
Sachsen	174	-	4	170
Sachsen-Anhalt	148	-	7	141
Schleswig-Holstein	42	-	3	39
Thüringen	112	-	9	103

Die folgenden Klagen gegen Feststellung eines alleinigen Abschiebungsverbotes wurden wie folgt entschieden:

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gemäß Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG	Keine Verbesserung
Jan. bis Sep. 2024	1.185	3	95	32	1.055
Afghanistan	764	2	70	8	684
Irak	106	-	8	1	97
Somalia	100	-	5	3	92
Syrien	63	-	-	3	60

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gemäß Artikel 16a GG	Flüchtlingschutz gemäß § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG	Keine Verbesserung
Eritrea	25	-	-	7	18
Äthiopien	21	-	3	-	18
Sudan	12	-	-	1	11
Nigeria	12	-	-	-	12
Türkei	8	-	2	-	6
Libanon	8	-	-	-	8
Iran	8	-	-	-	8
Jemen	8	-	1	4	3

Nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gemäß Artikel 16a GG	Flüchtlingschutz gemäß § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG	Keine Verbesserung
Jan. bis Sep. 2024	1.185	3	95	32	1.055
Baden-Württemberg	109	-	9	1	99
Bayern	131	-	13	2	116
Berlin	101	1	7	1	92
Brandenburg	46	-	2	1	43
Bremen	16	-	1	-	15
Hamburg	33	-	12	-	21
Hessen	154	1	12	3	138
Mecklenburg-Vorpommern	24	-	1	1	22
Niedersachsen	78	-	6	9	63
Nordrhein-Westfalen	276	1	14	5	256
Rheinland-Pfalz	36	-	1	1	34
Saarland	11	-	-	-	11
Sachsen	42	-	4	1	37
Sachsen-Anhalt	26	-	3	-	23
Schleswig-Holstein	71	-	9	7	55
Thüringen	31	-	1	-	30

- b) Gegen wie viele der Asylbescheide des BAMF wurden im bisherigen Jahr 2024 Rechtsmittel eingelegt (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und Klagequoten in Bezug auf die Gesamtzahl der Bescheide und in Bezug auf ablehnende Bescheide gesondert ausweisen; bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und zusätzlich nach den zu sicher erklärten Herkunftsländern differenzieren, zusätzlich nach der Art der Ablehnung: unbegründet, offensichtlich unbegründet, unzulässig, differenzieren), und wie lautete die Klagequote in Bezug auf alle ablehnenden Bescheide des BAMF für das bisherige Jahr 2024?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Staatsangehörigkeit	Entscheidungen insgesamt		davon Entscheidung „abgelehnt“		davon Entscheidung „o. u. abgelehnt“		davon Entscheidung „Unzulässig“					
	davon beklagt	Anteil	davon beklagt	Anteil	davon beklagt	Anteil	davon beklagt	Anteil				
Jan. bis Sep. 2024 (Stand: 15.11.2024)												
Gesamt	228.834	74.661	32,6 %	39.063	34.562	88,5 %	26.171	15.670	59,9 %	43.930	19.422	44,2 %
darunter:												
Syrien	74.892	6.969	9,3 %	21	14	66,7 %	4	3	75,0 %	10.864	4.034	37,1 %
Afghanistan	32.999	4.142	12,6 %	1.240	1.142	92,1 %	52	39	75,0 %	5.951	2.238	37,6 %
Türkei	32.038	21.117	65,9 %	15.328	14.173	92,5 %	4.878	3.968	81,3 %	4.306	2.580	59,9 %
Irak	8.875	4.993	56,3 %	3.616	3.126	86,4 %	750	569	75,9 %	1.902	1.206	63,4 %
Iran	5.896	3.225	54,7 %	2.459	2.311	94,0 %	320	270	84,4 %	1.089	583	53,5 %
Russische Föd.	5.730	2.830	49,4 %	1.927	1.612	83,7 %	630	449	71,3 %	2.112	718	34,0 %
Georgien	5.107	3.036	59,4 %	65	56	86,2 %	3.960	2.507	63,3 %	753	448	59,5 %
Somalia	3.705	970	26,2 %	237	221	93,2 %	22	16	72,7 %	1.041	630	60,5 %
Ungeklärt	3.090	858	27,8 %	175	132	75,4 %	179	99	55,3 %	929	535	57,6 %
Nordmazedonien	3.041	1.241	40,8 %	1	0	0,0 %	1.694	782	46,2 %	1.153	448	38,9 %
Tunesien	3.037	1.346	44,3 %	724	509	70,3 %	1.101	578	52,5 %	655	203	31,0 %
Eritrea	2.845	432	15,2 %	366	305	83,3 %	18	14	77,8 %	187	73	39,0 %
Venezuela	2.703	1.916	70,9 %	1.501	1.425	94,9 %	489	452	92,4 %	33	28	84,8 %
Algerien	2.686	808	30,1 %	306	200	65,4 %	872	340	39,0 %	934	240	25,7 %
Nigeria	2.447	1.401	57,3 %	778	626	80,5 %	241	162	67,2 %	920	570	62,0 %
Albanien	1.494	481	32,2 %	6	2	33,3 %	1.006	337	33,5 %	423	136	32,2 %
Bosnien und Herzegowina	871	337	38,7 %	4	4	100,0 %	469	212	45,2 %	363	121	33,3 %
Ghana	334	126	37,7 %	2	1	50,0 %	202	92	45,5 %	61	27	44,3 %
Kosovo	1.687	693	41,1 %	0	0	0,0 %	1.228	498	40,6 %	400	189	47,3 %
Montenegro	219	80	36,5 %	0	0	0,0 %	119	43	36,1 %	97	37	38,1 %
Moldau	1.986	505	25,4 %	2	2	100,0 %	784	254	32,4 %	1.163	243	20,9 %
Senegal	182	95	52,2 %	1	1	100,0 %	89	54	60,7 %	75	35	46,7 %
Serbien	2.171	799	36,8 %	2	2	100,0 %	1.224	475	38,8 %	869	315	36,2 %

Vorbereitung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Staatsangehörigkeit Jan. bis Sep. 2024 (Stand: 15.11.2024)	ablehnende Entscheidungen		
		davon beklagt	Anteil
Gesamt	123.237	70.771	57,4 %
darunter:			
Syrien	11.797	4.159	35,3 %
Afghanistan	7.974	3.478	43,6 %
Türkei	28.964	21.084	72,8 %
Irak	6.917	4.945	71,5 %
Iran	4.221	3.209	76,0 %
Russische Föderation	5.425	2.829	52,1 %
Georgien	5.088	3.034	59,6 %
Somalia	1.435	879	61,3 %
Ungeklärt	1.496	797	53,3 %
Nordmazedonien	3.033	1.241	40,9 %
Tunesien	2.987	1.346	45,1 %
Eritrea	657	401	61,0 %
Venezuela	2.127	1.913	89,9 %
Algerien	2.647	808	30,5 %
Nigeria	2.194	1.388	63,3 %
Albanien	1.483	481	32,4 %
Bosnien und Herzegowina	869	337	38,8 %
Ghana	318	126	39,6 %
Kosovo	1.677	693	41,3 %
Montenegro	217	80	36,9 %
Moldau	1.982	505	25,5 %
Senegal	177	93	52,5 %
Serbien	2.164	799	36,9 %

- c) Wie ist die aktuelle Zahl der anhängigen Gerichtsverfahren im Bereich Asyl, differenziert nach (Bundes-, Ober-)Verwaltungsgerichten?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Gericht Stand: 15.11.2024	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
Bei Gericht anhängige Verfahren	128.252
Bundesverwaltungsgericht	30
VGH Baden-Württemberg	32
VG Freiburg	2.330
VG Karlsruhe	2.628
VG Sigmaringen	2.788
VG Stuttgart	4.956
Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	27
VG Ansbach	2.570
VG Augsburg	1.120
VG Bayreuth	1.103
VG München	5.594
VG Regensburg	1.657
VG Würzburg	1.112
Bayerischer VGH – Außenstelle Ansbach	10
OVG Berlin-Brandenburg	98
VG Berlin	10.871
VG Cottbus	1.208
VG Frankfurt/Oder	1.112
VG Potsdam	2.699

Gericht Stand: 15.11.2024	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
OVG der Freien Hansestadt Bremen	6
VG Bremen	1.231
Hamburgisches Oberverwaltungsgericht	8
VG Hamburg	2.540
Hessischer Verwaltungsgerichtshof	32
VG Darmstadt	3.340
VG Frankfurt/Main	1.735
VG Kassel	1.241
VG Wiesbaden	1.460
VG Gießen	3.354
Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht	57
VG Braunschweig	2.733
VG Hannover	4.486
VG Oldenburg	3.639
VG Osnabrück	1.577
VG Stade	1.822
VG Lüneburg	1.301
VG Göttingen	787
OVG für das Land Nordrhein-Westfalen	274
VG Aachen	2.512
VG Arnsberg	5.054
VG Düsseldorf	5.823
VG Gelsenkirchen	3.706
VG Köln	4.794
VG Minden	2.831
VG Münster	3.086
OVG Rheinland-Pfalz	47
VG Trier	2.917
OVG des Saarlands	-
VG des Saarlandes	845
Schleswig-Holsteinisches OVG	45
VG Schleswig-Holstein	4.377
OVG Sachsen-Anhalt	2
VG Magdeburg	808
VG Halle	905
Thüringer Oberverwaltungsgericht	88
VG Gera	394
VG Meiningen	971
VG Weimar	1.775
Sächsisches Oberverwaltungsgericht	50
VG Chemnitz	3.981
VG Dresden	3.593
VG Leipzig	3.088
OVG Mecklenburg-Vorpommern	14
VG Greifswald	1.060
VG Schwerin	1.918

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

- d) In wie vielen Fällen erhielten zunächst abgelehnte Asylsuchende im bisherigen Jahr 2024 doch noch einen Schutzstatus, und in wie vielen Fällen basierte dies auf einer Gerichtsentscheidung, auf einer Abhilfeentscheidung bzw. geschah dies infolge eines Folgeantrags oder aus sonstigem Grunde (bitte differenzieren und zudem nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten auflisten)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Positive Entscheidungen aufgrund einer Gerichts- und Abhilfeentscheidung:

Jan. bis Okt. 2024			
Staatsangehörigkeit		davon aufgrund einer Gerichtsentscheidung	Abhilfeentscheidungen
Gesamt	9.442	5.974	3.468
davon			
Türkei	1.227	652	575
Syrien	650	266	384
Irak	1.101	845	256
Afghanistan	724	342	382
Iran	1.233	889	344
Georgien	104	49	55
Russische Föderation	348	180	168
Kolumbien	15	13	2
Venezuela	201	171	30
Nigeria	364	274	90
Tunesien	28	11	17
Nordmazedonien	19	9	10
Pakistan	358	262	96
Armenien	63	35	28
Somalia	307	163	144

Positive Entscheidungen infolge von Folgeanträgen:

Jan. bis Okt. 2024	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	3.480
davon	
Türkei	105
Syrien	759
Irak	198
Afghanistan	1.446
Iran	234
Georgien	2
Russische Föderation	73
Kolumbien	0
Venezuela	5
Nigeria	50
Tunesien	3
Nordmazedonien	2
Pakistan	56
Armenien	3
Somalia	145

Positive Entscheidungen infolge von sonstigen Gründen:

Jan. bis Okt. 2024	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	313
davon	
Türkei	0
Syrien	1
Irak	11
Afghanistan	96
Iran	10
Georgien	0
Russische Föderation	0
Kolumbien	0
Venezuela	6
Nigeria	32
Tunesien	2
Nordmazedonien	5
Pakistan	0
Armenien	5
Somalia	30

- e) Wie viele gerichtliche Entscheidungen im Eilverfahren gab es im bisherigen Jahr 2024 zu Asylsuchenden, denen bereits in einem anderen Mitgliedstaat Schutz gewährt worden war, und mit welchem Ergebnis (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten auflisten)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Entscheidungen in Eilverfahren – Schutzgewährung in einem anderen MS nach § 29 Absatz I Nummer 2 AsylG			
Jan. bis Sep. 2024 (Stand: 15.11.2024)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	2.243	2.084	4.327
Syrien	1.022	946	1.968
Afghanistan	752	424	1.176
Ungeklärt	107	207	314
Somalia	154	111	265
Irak	48	179	227
Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	7	80	87
Nigeria	31	25	56
Jemen	12	34	46
Iran	23	16	39
Eritrea	19	9	28

- f) Wie lauten die differenzierten Angaben des BAMF zu der Kategorie der „sonstigen Erledigungen“ bei Gerichtsentscheidungen für die Jahre 2022, 2023 und das bisherige Jahr 2024 (bitte darstellen wie in den Antworten zu den Fragen 19 f. auf Bundestagsdrucksache 20/4019), wie genau unterscheiden sich dabei die Kategorien „keine Schutzgewährung festgestellt“ und „Schutzgewährung offen“ (bitte auch mit konkreten typischen Fallbeispielen), und um was für Vorgänge handelt es sich typischerweise bei der Kategorie „Schutzgewährung“ (z. B. Abhilfeentscheidungen infolge von Anregungen der Gerichte, inhaltliche Korrekturen, Änderungen infolge neuer Umstände usw.)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Sonstige Verfahrenserledigungen	2022
Keine Schutzgewährung festgestellt	39.766
Schutzgewährung offen	5.437
Schutzgewährung	6.477
Summe	51.680

Sonstige Verfahrenserledigungen	2023
Keine Schutzgewährung festgestellt	46.855
Schutzgewährung offen	7.800
Schutzgewährung	3.367
Summe	58.022

Sonstige Verfahrenserledigungen	Jan. bis Sep. 2024
Keine Schutzgewährung festgestellt	36.994
Schutzgewährung offen	4.942
Schutzgewährung	1.879
Summe	43.815

Die Kategorie „Schutzgewährung offen“ beinhaltet Gerichtsentscheidungen mit dem Tenor „aufgehoben, kein neuer Bescheid“ (im geringen Umfang) bzw. mit dem Tenor „aufgehoben, neuer Bescheid“. Hier ist noch offen, ob und welcher Schutz gewährt wird.

Die Kategorie „Schutzgewährung“ beinhaltet Abhilfeentscheidungen z. B. nach einer Anregung durch Gericht. Die Kategorie „keine Schutzgewährung“ beinhaltet den Rest.

- g) Wie hoch war die gerichtliche Aufhebungsquote (z. B. gerichtliche Aufhebung einer Folge- oder Zweitantragsentscheidung, eines Dublin-Bescheids oder einer Unzulässigkeitsentscheidung bei Schutzgewährung in einem anderen Mitgliedstaat) in den Jahren 2022, 2023 und im bisherigen Jahr 2024 (bitte so weit wie möglich differenzieren und in absoluten und relativen Zahlen darstellen), und werden alle diese gerichtlichen Aufhebungsentscheidungen als „sonstige Verfahrenserledigungen“ der Gerichte gewertet, ist es zutreffend, zu sagen, dass in all diesen Fällen Bescheide des BAMF durch die Gerichte korrigiert bzw. zur (Neu-)Entscheidung zurückverwiesen wurden (bitte ausführen), und können nach Auffassung der Bundesregierung Verpflichtungs- und Aufhebungsentscheidungen der Gerichte zusammengezählt werden, um bemessen zu können, in wie vielen Fällen ein Bescheid des BAMF von den Gerichten als rechtswidrig beurteilt bzw. korrigiert wurde (bitte begründen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Zeitraum	Gerichtsentscheidungen (Klagen, Berufungen, Revisionen)					Positive Entscheidungen	
	Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings-schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
2022	97.582	461	5.409	1.496	9.400	16.766	17,2 %
2023	92.184	287	3.473	1.076	3.443	8.279	9,0 %
01.01.– 30.09.2024	72.229	168	2.279	857	1.788	5.092	7,0 %

Zu diesen positiven Gerichtsentscheidungen könnten in einer erweiterten Definition der „Aufhebungsquote“ zusätzlich die Daten aus Frage 16f („Schutzgewährung“ und „Schutzgewährung offen“) herangezogen werden.

- h) Wie hoch waren die Kosten, die dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im bisherigen Jahr 2024 aufgrund verlorener Asyl-Gerichtsverfahren entstanden sind (bitte Gesamtkosten nennen und zudem nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln)?

Die Gesamtkosten aller verlorener Asyl-Gerichtsverfahren im bisherigen Jahr 2024 belaufen sich zum Stichtag 18. November 2024 auf 12.410.743,33 Euro.

Die Kosten, die dem BAMF bezüglich der zehn wichtigsten Herkunftsländer im bisherigen Jahr 2024 entstanden sind, können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Herkunftsland	Ausgaben
Syrien	2.594.586,03 Euro
Afghanistan	1.717.553,08 Euro
Türkei	1.320.528,85 Euro
Irak	1.007.066,92 Euro
Somalia	409.776,69 Euro
Iran	1.270.897,90 Euro
Ungeklärt	339.549,82 Euro
Russische Föderation	369.857,06 Euro
Kolumbien	11.723,95 Euro
Guinea	211.126,35 Euro

Die angegebenen Zahlen beziehen sich immer auf die jeweiligen Gesamtkosten, also alle Instanzen.

- i) Welche Verwaltungsgerichte (VG) wiesen im bisherigen Jahr 2024 bei Asylklagen Aufhebungsquoten (erfolgreiche Klagen Asylsuchender gegen das BAMF) auf, die weniger als halb so hoch waren wie im Bundesdurchschnitt (bitte zu den Herkunftsstaaten Afghanistan, Äthiopien, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Russische Föderation, Somalia und Türkei jeweils alle Verwaltungsgerichte auflisten, die dieses Kriterium erfüllen, soweit mehr als zehn Entscheidungen zum jeweiligen Herkunftsland getroffen wurden, in jedem Fall jedoch alle Entscheidungen des VG Gera berücksichtigen, und entsprechende absolute und relative Zahlenangaben zu den Verfahrensausgängen machen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
Afghanistan	VG Gesamt	4.467	2	120	13	122	257	5,8 %
	darunter:							
	VG Aachen	106	0	0	0	3	3	2,8 %
	VG Osnabrück	44	0	0	0	1	1	2,3 %
	VG Bremen	47	0	1	0	0	1	2,1 %
	VG Braunschweig	59	0	1	0	0	1	1,7 %
	VG Meiningen	123	0	1	1	0	2	1,6 %
	VG Sigmaringen	124	0	0	0	2	2	1,6 %
	VG Münster	73	0	1	0	0	1	1,4 %
	VG Gelsenkirchen	97	0	0	0	1	1	1,0 %
	VG Greifswald	99	0	1	0	0	1	1,0 %
	VG Augsburg	154	0	0	0	1	1	0,6 %
	VG Cottbus	21	0	0	0	0	0	-
	VG Oldenburg	70	0	0	0	0	0	-
	VG Ansbach	22	0	0	0	0	0	-
	VG Lüneburg	25	0	0	0	0	0	-
	VG Kassel	98	0	0	0	0	0	-
	VG Regensburg	10	0	0	0	0	0	-
	VG Karlsruhe	89	0	0	0	0	0	-
	VG Leipzig	34	0	0	0	0	0	-
VG Gesamt	733	1	17	6	69	93	12,7 %	
Äthiopien	darunter:							
	VG Würzburg	85	0	1	0	4	5	5,9 %
	VG Regensburg	89	1	3	0	1	5	5,6 %
	VG Gießen	55	0	1	0	1	2	3,6 %
	VG München	28	0	1	0	0	1	3,6 %
	VG Frankfurt/Main	77	0	0	0	1	1	1,3 %
	VG Schleswig-Holstein	20	0	0	0	0	0	-
	VG Gera	0	0	0	0	0	0	-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
Irak	VG Gesamt	6.918	8	175	83	376	642	9,3 %
	darunter:							
	VG Augsburg	423	0	3	7	9	19	4,5 %
	VG Kassel	158	0	1	0	6	7	4,4 %
	VG Sigmaringen	114	0	0	0	5	5	4,4 %
	VG Magdeburg	69	0	2	0	1	3	4,3 %
	VG Arnsberg	276	0	3	0	9	12	4,3 %
	VG Oldenburg	143	0	0	0	6	6	4,2 %
	VG Düsseldorf	472	0	5	2	12	19	4,0 %
	VG Münster	217	1	1	6	0	8	3,7 %
	VG Greifswald	109	0	0	1	3	4	3,7 %
	VG Lüneburg	29	0	0	0	1	1	3,4 %
	VG Köln	283	0	4	2	3	9	3,2 %
	VG Regensburg	246	0	5	1	1	7	2,8 %
	VG Ansbach	123	0	1	0	0	1	0,8 %
	VG Leipzig	26	0	0	0	0	0	-
	VG Gera	0	0	0	0	0	0	-
	VG Bremen	12	0	0	0	0	0	-
	VG Trier	110	0	0	0	0	0	-
	VG Osnabrück	119	0	0	0	0	0	-
	VG Frankfurt/Main	33	0	0	0	0	0	-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen		
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil	
Iran	VG Gesamt	3.270	37	638	36	35	746	22,8 %	
	darunter:								
	VG Berlin	127	0	11	1	2	14	11,0 %	
	VG Karlsruhe	37	0	4	0	0	4	10,8 %	
	VG Düsseldorf	182	0	18	1	0	19	10,4 %	
	VG Regensburg	117	1	9	1	1	12	10,3 %	
	VG Ansbach	169	1	7	7	0	15	8,9 %	
	VG Schleswig-Holstein	232	1	13	2	0	16	6,9 %	
	VG Frankfurt/Main	31	0	0	0	1	1	3,2 %	
	VG Sigmaringen	32	0	0	1	0	1	3,1 %	
	VG Gelsenkirchen	108	0	3	0	0	3	2,8 %	
	VG Hannover	12	0	0	0	0	0	-	
	VG Göttingen	24	0	0	0	0	0	-	
	VG Gesamt	2.199	1	32	11	172	216	9,8 %	
	Nigeria	darunter:							
		VG Köln	88	0	0	0	4	4	4,5 %
		VG Schleswig-Holstein	26	0	1	0	0	1	3,8 %
	VG München	529	0	1	1	16	18	3,4 %	
	VG Braunschweig	31	0	0	0	1	1	3,2 %	
	VG Trier	26	0	0	0	0	0	-	
	VG Gera	7	0	0	0	0	0	-	
	VG Kassel	29	0	0	0	0	0	-	
	VG Arnberg	98	0	0	0	0	0	-	
	VG Augsburg	40	0	0	0	0	0	-	
	VG Karlsruhe	70	0	0	0	0	0	-	
	VG Chemnitz	17	0	0	0	0	0	-	
	VG Bremen	11	0	0	0	0	0	-	
	VG Hamburg	10	0	0	0	0	0	-	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen						Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil	
Pakistan	VG Gesamt	1.326	7	197	1	27	232	17,5 %	
	VG Stuttgart	25	0	2	0	0	2	8,0 %	
	VG Wiesbaden	14	0	1	0	0	1	7,1 %	
	VG Kassel	15	0	1	0	0	1	6,7 %	
	VG Frankfurt/Oder	36	0	1	0	1	2	5,6 %	
	VG München	26	0	0	0	1	1	3,8 %	
	VG Dresden	55	0	0	1	0	1	1,8 %	
	VG Freiburg	12	0	0	0	0	0	-	
	VG Oldenburg	18	0	0	0	0	0	-	
	VG Gießen	16	0	0	0	0	0	-	
	VG Leipzig	13	0	0	0	0	0	-	
	VG Berlin	14	0	0	0	0	0	-	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen					Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil
Russische Föderation	VG Gesamt	2.790	3	43	73	44	163	5,8 %
	VG Köln	74	0	0	0	2	2	2,7 %
	VG Gelsenkirchen	38	0	0	0	1	1	2,6 %
	VG Schleswig-Holstein	182	0	3	1	0	4	2,2 %
	VG Kassel	52	0	0	0	1	1	1,9 %
	VG Magdeburg	56	0	0	1	0	1	1,8 %
	VG Bayreuth	141	0	1	0	1	2	1,4 %
	VG Ansbach	12	0	0	0	0	0	-
	VG Leipzig	59	0	0	0	0	0	-
	VG Amsberg	40	0	0	0	0	0	-
	VG Gießen	36	0	0	0	0	0	-
	VG Trier	36	0	0	0	0	0	-
	VG Darmstadt	10	0	0	0	0	0	-
	VG Braunschweig	52	0	0	0	0	0	-
	VG Stade	18	0	0	0	0	0	-
	VG Schwerin	49	0	0	0	0	0	-
	VG Lüneburg	30	0	0	0	0	0	-
	VG Halle	28	0	0	0	0	0	-
	VG Oldenburg	17	0	0	0	0	0	-
	VG Göttingen	22	0	0	0	0	0	-
VG Freiburg	20	0	0	0	0	0	-	
VG Minden	68	0	0	0	0	0	-	
Somalia	VG Gesamt	1.131	0	25	13	109	147	13,0 %
	VG Trier	67	0	2	0	2	4	6,0 %
	VG Amsberg	36	0	0	0	2	2	5,6 %
	VG Minden	42	0	0	0	2	2	4,8 %
	VG Hamburg	24	0	0	0	1	1	4,2 %
	VG Gera	4	0	0	0	0	0	-
	VG Würzburg	144	0	0	0	0	0	-
	VG Gießen	29	0	0	0	0	0	-
	VG Sigmaringen	16	0	0	0	0	0	-
	VG Bremen	11	0	0	0	0	0	-
	VG Schleswig-Holstein	14	0	0	0	0	0	-
	VG Ansbach	16	0	0	0	0	0	-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

HKL	Verwaltungsgerichte	Gerichtsentscheidungen						Positive Entscheidungen	
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidärer Schutz	Abschiebungsverbot	absolut	Anteil	
Türkei	VG Gesamt	12.191	53	452	30	51	586	4,8 %	
	VG Berlin	1.254	4	21	1	2	28	2,2 %	
	VG Oldenburg	151	0	0	0	3	3	2,0 %	
	VG Hamburg	237	0	3	0	1	4	1,7 %	
	VG Halle	63	0	1	0	0	1	1,6 %	
	VG Darmstadt	275	2	0	1	0	3	1,1 %	
	VG Braunschweig	119	0	0	0	1	1	0,8 %	
	VG Ansbach	881	0	6	0	1	7	0,8 %	
	VG Augsburg	356	1	0	0	0	1	0,3 %	
	VG Bayreuth	22	0	0	0	0	0	-	
	VG Chemnitz	139	0	0	0	0	0	-	
	VG Gera	0	0	0	0	0	0	-	
	VG Regensburg	51	0	0	0	0	0	-	

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

17. Wie viele Asylanhörungen gab es im bisherigen Jahr 2024 (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Anhörungen im Zeitraum Jan. bis Okt. 2024	Anzahl
Gesamt	146.183
darunter:	
Syrien	51.435
Afghanistan	23.442
Türkei	21.538
Irak	3.968
Iran	3.755
Somalia	3.322
Kolumbien	2.488
Georgien	2.009
Venezuela	1.968
Russische Föderation	1.955
Guinea	1.940
Ungeklärt	1.810
Tunesien	1.626
Eritrea	1.495
Algerien	1.477

18. Wie viele Erst- und Folgeanträge (bitte differenzieren) wurden von Asylsuchenden aus Serbien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien-Herzegowina im bisherigen Jahr 2024 gestellt (bitte jeweils auch den prozentualen Anteil der Roma-Angehörigen nennen), und wie wurden diese Asylanträge jeweils mit welchem Ergebnis beschieden?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Herkunftsland	01.01.–31.10.2024				Entscheidungen über Asylanträge					
	Asyl- anträge gesamt	davon Erst- anträge	davon Folge- anträge	insge- samt	Anerken- nungen als Asylberech- tigte (Arti- kel 16a GG und Famil.asyl)	Gewährung von Flüchtl.- schutz ge- mäß § 3 I AsylG	Gewährung von subsi- diärem Schutz ge- mäß § 4 I AsylG	Feststellung eines Ab- schiebungs- verbotes ge- mäß § 60 V/VII AufenthG	Ablehnun- gen (unbegr. abgel./ offens. un- begr. abgel.)	sonstige Verfah- rensbedi- ngungen
Serbien	2.006	1.056	950	2.442	3	1	-	3	1.340	1.095
davon Roma	1.683	828	855	2.042	3	1	-	-	1.064	974
Kosovo	1.953	1.423	530	1.929	-	2	2	9	1.409	507
davon Roma	791	543	248	784	-	-	-	2	556	226
Nordmazedonien	2.417	1.227	1.190	3.374	-	-	1	7	1.830	1.536
davon Roma	1.571	759	812	2.076	-	-	-	4	1.088	984
Montenegro	209	105	104	239	-	-	-	2	130	107
davon Roma	169	71	98	194	-	-	-	1	95	98
Albanien	1.255	838	417	1.616	-	2	6	4	1.090	514
davon Roma	461	275	186	535	-	-	-	1	344	190
Bosnien und Herzegowina	803	394	409	984	-	1	1	-	508	474
davon Roma	660	307	353	815	-	1	-	-	402	412

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

19. Welche aktuellen Informationen gibt es zur Personalsituation, Personalentwicklung und Personalplanung im BAMF (bitte auch spezifische Angaben zu den Bereichen Asylprüfung, Widerrufsprüfung, Dublin-Verfahren, Qualitätssicherung und Prozessvertretung machen; bitte wie in der Antwort zu Frage 20 auf Bundestagsdrucksache 20/5709 angeben), und welche genaueren Angaben können zum Personal-Einsatz durch Leiharbeitskräfte innerhalb des BAMF gemacht werden (bitte so differenziert wie möglich ausführen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personal-Einsatz ausgewählter Bereiche in Vollzeitäquivalente (VZÄ)				
	eD/mD	gD	hD	Summe
Asyl (ohne Widerruf)*	1.179,10	1.460,60	63,8	2.703,50
Widerrufsprüfung*	48,7	58,2	4,6	111,5
Prozess gesamt	143,4	205,1	38,1	386,6
dezentral*	132,6	196,8	23,1	352,5
zentral (61D & 61E)**	10,8	8,4	15	34,1
QS gesamt	37,8	93,4	13,5	144,7
dezentral*	29,9	66,6	6,9	103,4
zentral (62A, 62B, 62C)**	8	26,9	6,6	41,4
Dublin gesamt	173,3	193,7	13,7	380,6
dezentral (Dublinzentren 32D, 32E, 32F, o. B.)**	82,3	121,1	5,7	209,1
Dublinreferate (32A, 32B, 32C)**	91	72,6	8	171,5

* gemäß Personal-Ist Abfrage KW47 (18. November bis 22. November 2024);

** gemäß ZSD Stand: 15. November 2024

Personal-Einsatz durch Leiharbeitnehmende in VZÄ*	Summe
Asyl (ohne Widerruf)**	313,1
Widerrufsprüfung**	4,0
Prozess**	8,1
QS**	0,0
Dublin**	34,0

* Die Leiharbeitnehmenden sind in der darüberliegenden Tabelle „Personal-Einsatz ausgewählte Bereiche“ nicht inbegriffen, da es sich bei diesen nicht um originäre Mitarbeitende des BAMF handelt.

** Stand: 22. November 2024

Vakante Stellen in VZÄ (Stand: 15.11.2024)	mD	gD	hD
Prozess zentral (61D, 61E)	0,0	0,0	6,9
QS zentral (62A, 62B, 62C)	0,0	8,2	2,0
Dublin (32A-F)	35,8	31,8	2,4

Soll in VZÄ (Stand: 15.10.2024)	mD	gD	hD
Prozess zentral (61D, 61E)	10,0	7,0	21,9
QS zentral (62A, 62B, 62C)	8,0	35,0	8,5
Dublin (32A-F)	209,0	225,5	16,0

Personalplanung:

Asyl und Widerruf: Aktuell sind 121 VZÄ (davon 116 unbefristet) im mD und 446 VZÄ (davon 230 unbefristet) im gD in Ausschreibung.

Prozess: Aktuell sind 23 VZÄ (davon 0 unbefristet) im gD in Ausschreibung.

QS: Aktuell sind 0 VZÄ im mD und sechs VZÄ im gD in Ausschreibung.

Dublin: Aktuell sind elf VZÄ (davon neun unbefristet) im mD und 46 VZÄ (davon acht unbefristet) im gD in Ausschreibung.

Die zukünftige Personalplanung für den operativen Bereich hängt maßgeblich von den künftigen Aufgabenschwerpunkten ab. Eine verbindliche Aussage kann deshalb zum jetzigen Zeitpunkt nicht getroffen werden.

20. Wie viele Einreise- und Aufenthaltsverbote hat das BAMF im bisherigen Jahr 2024 gegenüber abgelehnten Asylsuchenden mit welcher Begründung erlassen (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und in wie vielen Fällen wurde im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 ein Schutzstatus an Asylsuchende mit einem (vorherigen) Wiedereinreiseverbot erteilt (bitte nach Status und wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren; eine Antwort auf diese Teilfrage fehlte in der Antwort zu Frage 28 auf Bundestagsdrucksache 20/12228)?

In wie vielen Fällen ein Schutzstatus an Asylsuchende mit einem Wiedereinreiseverbot erteilt wurde, lässt sich nicht belastbar ermitteln (siehe Antwort der Bundesregierung zu Frage 10 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/9933). Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jan. bis Okt. 2024	Entscheidungen zu § 11 Absatz 1 AufenthG	Entscheidungen zu § 11 Absatz 7 AufenthG	Entscheidungen mit Aufenthalts- und Wiedereinreiseverboten (§ 11 Absatz 1 und/oder § 11 Absatz 7 AufenthG)
Gesamt	113.286	12.851	115.269
darunter			
Syrien	10.142	3	10.145
Afghanistan	7.804	15	7.819
Türkei	28.397	54	28.445
Irak	6.314	63	6.360
Somalia	1.313	11	1.324
Iran	4.068	28	4.092
Ungeklärt	1.364	18	1.374
Russische Föderation	5.109	48	5.149
Kolumbien	2.688	6	2.693
Eritrea	474	4	478

21. Ist die Prüfung und Auswertung des Urteils des EuGH vom 17. Oktober 2024 in der Rechtssache C-156/23 inzwischen erfolgt (vgl. Antwort des Bundesministeriums des Innern und für Heimat auf die Schriftliche Frage 37 der Abgeordneten Clara Bünger auf Bundestagsdrucksache 20/13665), wenn nein, warum nicht, und welchen ungefähren Zeitraum wird die Bundesregierung benötigen, um dies zu tun, und wenn ja, welche konkreten Schlussfolgerungen wurden oder werden hieraus gezogen (bitte so genau wie möglich darlegen), und hält die Bundesregierung insbesondere Änderungen des Rechts und der Praxis der Zusammenarbeit von Ausländerbehörden und dem BAMF für erforderlich (bitte darlegen und begründen)?

Die Auswertung des Urteils des EuGH vom 17. Oktober 2024 in der Rechtssache C-156/23 dauert noch an. Wann diese abgeschlossen ist, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht absehbar.

22. Welche Angaben für das bisherige Jahr 2024 lassen sich machen zu überprüften (vor allem: Ausweis-)Dokumenten und zum Anteil ge- oder verfälschter Dokumente Asylsuchender (bitte zum Vergleich auch die Anzahl der „beanstandeten“ Dokumente angeben und nach den zehn wichtigsten Hauptherkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

01.01.2024 bis 31.10.2024					
Zehn häufigste	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Beanstandung	Nicht abschließend bewertbare Dokumente	beanstandete Dokumente	Anteil der beanstandeten Dokumente in Prozent
Herkunftsländer					
Syrien	95.382	89.566	3.854	1.962	2,1
Afghanistan	44.590	41.189	2.072	1.329	3
Türkei	27.484	27.087	285	112	0,4
Irak	9.636	9.240	305	91	0,9
Somalia	1.043	832	175	36	3,5
Iran	6.511	6.330	148	33	0,5
Ungeklärt	2.593	2.593			
Russische Föd.	4.441	4.246	155	40	0,9
Kolumbien	4.118	4.034	81	3	0,1
Eritrea	1.541	1.336	192	13	0,8
Rest (ca. 150 weitere HKL)	26.320	21.414	4.336	570	2,2
Summe	223.659	207.867	11.603	4.189	1,9

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.